

2022

Statistik Kommunal

Marbach am Neckar



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

118 049

Impressum

Statistik Kommunal 2022

Artikel-Nr. 8035 22001

Herausgeber und Vertrieb
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg,
Juli 2022

Redaktionsschluss: 23. Juni 2022

Preis

11 Euro zuzüglich Versandkosten

Ebenfalls erhältlich:

CD-ROM Gemeinde	51 Euro
CD-ROM Landkreis	199 Euro
CD-ROM Regierungsbezirk	499 Euro

Zu bestellen unter vertrieb@stala.bwl.de

© Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg, Stuttgart, 2022

Sämtliche Veröffentlichungen sind Werke, Bearbeitungen oder Sammel- bzw. Datenbankwerke im Sinne des Urheberrechtsgesetzes und somit urheberrechtlich geschützt. Der Erwerb einer Veröffentlichung gestattet neben deren Verwendung die Vervielfältigung und Verbreitung – auch auszugsweise – in elektronischer Form sowie in gedruckten Veröffentlichungen mit Quellenangabe. Die Weiterverbreitung von kostenpflichtigen Produkten – speziell von Verzeichnissen – bedarf der vorherigen Zustimmung. Die Genehmigung ist einzuholen unter vertrieb@stala.bwl.de. Alle übrigen (Nutzungs-) Rechte bleiben vorbehalten. Für Thematische Karten gelten besondere Lizenzbedingungen.

Vertriebsbedingungen

Es gilt das deutsche Recht. Bei Zahlungsverzug werden Verzugszinsen gemäß § 288 Abs. 1 BGB und ggf. Mahnkosten sowie ein weitergehender Verzugschaden geltend gemacht. Skontoabzug ist unzulässig. Das Eigentum an Veröffentlichungen und Datenträgern bleibt bis zur vollständigen Zahlung des Kaufpreises vorbehalten. Vertragsgemäß gelieferte Datenträger werden nach Entsiegelung nicht zurückgenommen oder umgetauscht. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Stuttgart.

Autorinnen

Sabine Maurer, Andrea Jäger, Simone Ballreich

2022

Statistik Kommunal

Marbach am Neckar

Hinweis

Im Text farblich hervorgehobene Begriffe werden im Glossar ab Seite 26 näher erläutert.

Datenquellen und Fußnoten

... befinden sich gesammelt ab Seite 24.

Abkürzungen

%	–	Prozent
Einw.	–	Einwohnerinnen und Einwohner
EUR	–	Euro
ha	–	Hektar
m ²	–	Quadratmeter
km ²	–	Quadratkilometer
m ³	–	Kubikmeter
t	–	Tonnen
Mill.	–	Millionen
Mrd.	–	Milliarden

Zeichenerklärung

0	Mehr als nichts, jedoch weniger als die Hälfte der kleinsten verwendeten Einheit
–	Nichts vorhanden (genau null)
.	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
x	Tabellenfach gesperrt, da Aussage nicht sinnvoll
...	Angabe fällt später an

Abweichungen in den Summen erklären sich durch Runden der Zahlen.

Einführung und Inhalt

Bereits zum elften Mal veröffentlicht das Statistische Landesamt die Querschnittsveröffentlichung „Statistik Kommunal“. Diese Veröffentlichung wird für alle 1 101 Gemeinden des Landes angeboten und informiert über die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten auf kommunaler Ebene. Seit dem Jahr 2020 erscheint die Veröffentlichung in jährlichem Turnus, davor in zweijährigem Abstand.

Das vorliegende Heft enthält wie gewohnt die aktuellsten zur Verfügung stehenden Daten der Bereiche Bevölkerung und Gebiet, Bildung und Arbeitsmarkt, Bauen und Wohnen, Steuern und Finanzen sowie Umwelt. Wo immer möglich, werden auch Daten vorangegangener Jahre veröffentlicht, was dem interessierten Lesenden Längsschnittanalysen ermöglicht. Ein Kapitel dieser Ausgabe widmet sich den Ergebnissen der aktuellen regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung. Basis dieser Vorausberechnung auf regionaler Ebene sind die Fortschreibungsergebnisse zum Stand 31.12.2020. Zudem enthält diese Ausgabe die Ergebnisse der Bundestagswahl 2021.

Die insgesamt 14 Kapitel sind einheitlich strukturiert. In einem einleitenden Text werden für jeden Themenbereich die Landeswerte vorgestellt, die bei der Einordnung der jeweiligen Gemeindeergebnisse unterstützen. Dem folgen Tabellen mit Werten auf Gemeindeebene, wichtige Merkmale und Indikatoren werden in leicht verständlichen Grafiken erklärt. Abgerundet wird die Veröffentlichung mit thematischen Karten zu verschiedenen Themenbereichen. Bei einzelnen Gemeinden, insbesondere bei jenen mit niedrigen Bevölkerungszahlen, können einige Ergebnisse aus Geheimhaltungsgründen nicht ausgewiesen werden. Über den in der Fußzeile eines jeden Kapitels platzierten Link werden Sie auf das entsprechende Internetangebot des Statistischen Landesamtes weitergeleitet.

Gemeindedaten im Überblick und im Vergleich	4
Übersichtskarte	6
Fläche	7
Bevölkerung	8
Bevölkerungsvorausberechnung	10
Ausländische Bevölkerung	12
Bundestagswahlen	13
Bildung	14
Beschäftigung und Arbeitsmarkt	15
Bauen	16
Wohnen	17
Gemeindefinanzen und Gemeindepersonal	18
Lohn- und Einkommensteuer	19
Wasserwirtschaft	20
Umwelt	21
Verkehr	22
Datenquellen und Fußnoten	24
Glossar (alphabetisch)	26

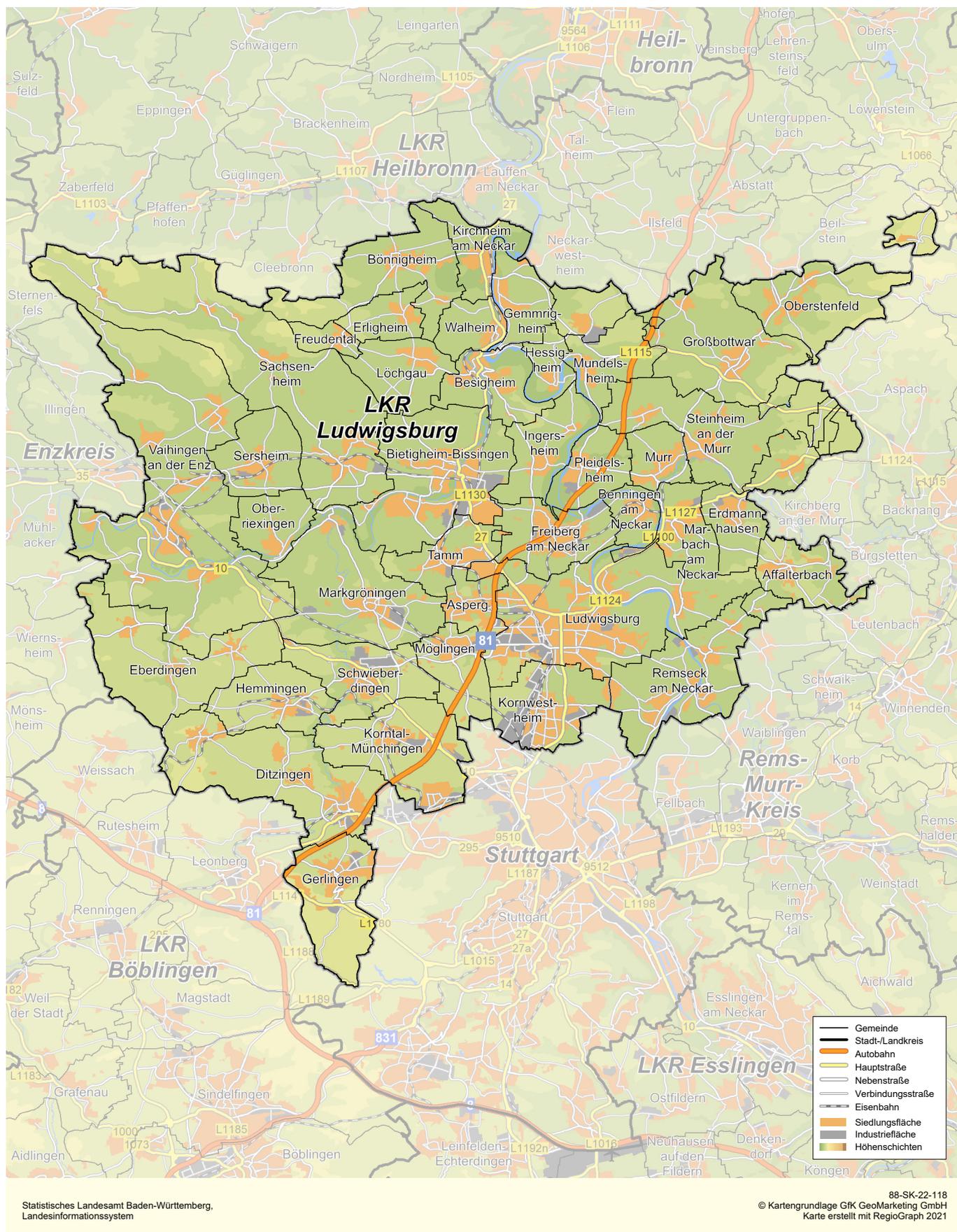
Gemeindedaten im Überblick ...

	Einheit	Gemeinde
Fläche		
Fläche insgesamt 2020	ha	1 806
Bevölkerung		
Bevölkerung Ende 2021	Anzahl	15 797
Geburtenüberschuss bzw. -defizit 2021	Anzahl	+ 32
Wanderungsgewinn bzw. -verlust 2021	Anzahl	- 66
Bevölkerungszu-/abnahme 2021	Anzahl	- 34
Bauen und Wohnen		
Genehmigte Wohnungen 2021	Anzahl	9
Bestand an Wohngebäuden 2021	Anzahl	3 469
Bestand an Wohnungen 2021 ¹⁾	Anzahl	7 721
Bildung²⁾		
Schüler/-innen an allgemeinbildenden Schulen insgesamt 2020/21	Anzahl	4 018
Schüler/-innen an Grund- und Werkreal-/Hauptschulen 2020/21 ³⁾	Anzahl	561
Schüler/-innen an Realschulen 2020/21	Anzahl	503
Schüler/-innen an Gymnasien 2020/21	Anzahl	2 581
Schüler/-innen an Gemeinschaftsschulen (Sekundarstufe I/II) 2020/21	Anzahl	270
Übergänge auf weiterführende Schulen insgesamt 2021/22	Anzahl	128
Beschäftigung am Arbeitsort⁴⁾ und Arbeitsmarkt⁵⁾		
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2021	Anzahl	3 528
Pendlersaldo 2021 ⁶⁾	Anzahl	- 3 221
Arbeitslose insgesamt 2021	Anzahl	346
Arbeitslose Frauen 2021	Anzahl	164
Umwelt		
Stickoxid (NO _x)-Emissionen des Straßenverkehrs 2020 ⁷⁾	Tonnen	32,4
Jahresfahrleistungen 2020	Mill. km	67,6
Tourismus		
Betriebe/Campingplätze mit mind. zehn Schlafgelegenheiten/Stellplätzen 2021 ⁸⁾	Anzahl	5
Schlafgelegenheiten insgesamt 2021 ⁸⁾	Anzahl	181
Ankünfte insgesamt 2021	Anzahl	4 795
Übernachtungen von Gästen insgesamt 2021	Anzahl	11 493
Übernachtungen von Gästen mit Wohnsitz im Ausland 2021	Anzahl	3 132
Gemeindefinanzen		
Steuerkraftmesszahl 2020	1 000 EUR	16 932
Steuerkraftsumme 2020	1 000 EUR	22 901
Schuldenstand 2020 ⁹⁾	1 000 EUR	30 186
Gewerbesteuerhebesatz 2020	%	360
Verkehr		
Kraftfahrzeugbestand 2021	Anzahl	11 058
Straßenverkehrsunfälle 2021 ¹⁰⁾	Anzahl	57
Verunglückte Personen 2021	Anzahl	45

... und im Vergleich

	Einheit	Gemeinde	Kreis	Land
Fläche				
Siedlungs- und Verkehrsfläche 2020	%	25	25	15
Fläche für Wald 2020	%	16	18	38
Fläche für Landwirtschaft 2020	%	56	54	45
Bevölkerung				
Bevölkerungsdichte 2021	Einw./km ²	875	793	312
Anteil der ausländischen Bevölkerung 2021	%	17	19	16
Durchschnittsalter 2021	Jahre	43,3	43,6	43,8
Durchschnittsalter 2040	Jahre	45,7	45,5	45,3
Bundestagswahl 2021				
Wahlbeteiligung	%	81,5	80,1	77,8
Zweitstimmenanteil der Parteien:				
CDU	%	21,9	25,0	24,8
SPD	%	23,8	22,2	21,6
GRÜNE	%	20,7	17,6	17,2
FDP	%	14,3	16,0	15,3
AfD	%	8,0	8,8	9,6
DIE LINKE	%	3,6	3,0	3,3
Sonstige	%	7,7	7,5	8,2
Wohnen				
Anteil Einfamilienhäuser an Wohngebäuden 2021	%	62	61	61
Wohnfläche je Einwohner/-in 2021	m ²	46	45	47
Bildung²⁾				
Übergänge auf Werkreal-/Hauptschulen 2021/22	%	–	2	6
Übergänge auf Realschulen 2021/22	%	32	35	34
Übergänge auf Gymnasien 2021/22	%	56	49	44
Übergänge auf Gemeinschaftsschulen 2021/22	%	9	12	13
Beschäftigung am Arbeitsort⁴⁾				
Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe (B–F) 2021	%	34	35	35
Beschäftigte im Handel, Verkehr und Gastgewerbe (G–I) 2021	%	25	24	20
Beschäftigte im sonstigen Dienstleistungsbereich (J–U) 2021	%	39	41	45
Tourismus				
Durchschnittliche Auslastung der Schlafgelegenheiten 2021	%	23	23	29
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer 2021	Tage	2,4	2,7	3,0
Gemeindefinanzen				
Schuldenstand je Einwohner/-in 2020 ⁹⁾	EUR	1 899	788	1 096
Steuereinnahmen je Einwohner/-in 2020 ¹¹⁾	EUR	1 175	1 380	1 410
Wasserwirtschaft				
Trinkwasserverbrauch je Einwohner/-in 2019	Liter/Tag	106	126	125
Jahresvergleichsentgelt für Trink- und Abwasser 2021	EUR/Einw.	220	205	234
Verkehr				
Pkw je 1 000 Einwohner/-innen 2021	Anzahl	593	616	613

Übersichtskarte



Fläche

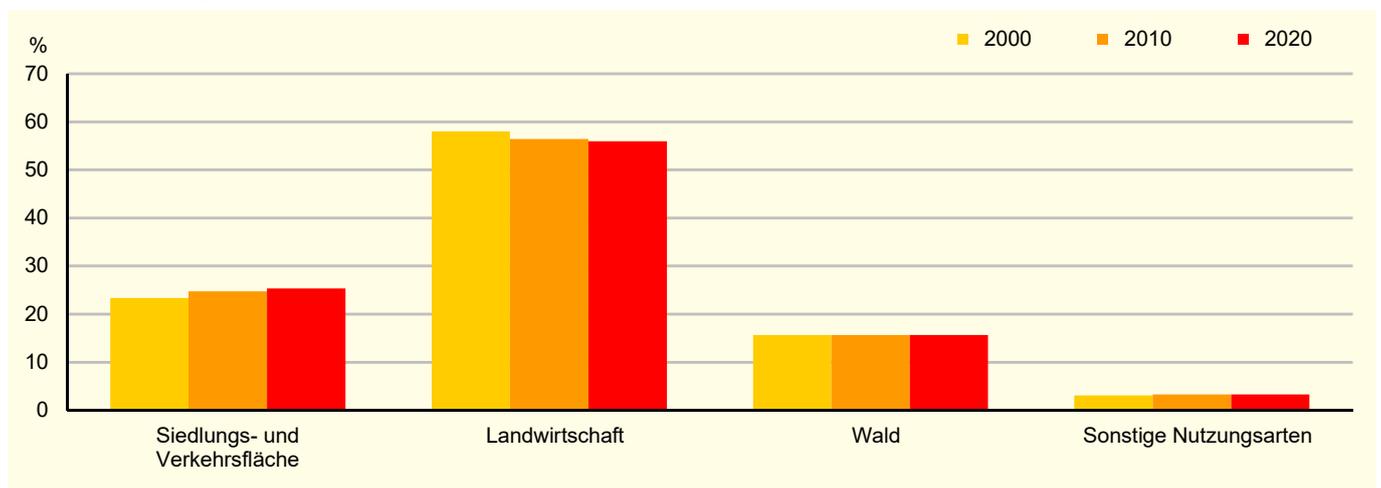
Die Landesfläche von Baden-Württemberg umfasst 35 748 km². Die flächenmäßig größte Kommune ist Stuttgart mit 207 km², gefolgt von Baiersbronn im Landkreis Freudenstadt mit 190 km². Zu den drei kleinsten Gemeinden des Landes zählen Wembach (1,8 km²) und Fisingen (1,9 km²) im Landkreis Lörrach sowie Moosburg (1,9 km²) im Landkreis Biberach.

Fast die Hälfte der gesamten Landesfläche nimmt die Fläche für Landwirtschaft ein, knapp zwei Fünftel sind bewaldet. Der Anteil der **Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV)** beträgt rund 15 %. Im Jahr 2020 ergab sich rein rechnerisch ein **täglicher Flächenverbrauch** für Siedlungs- und Verkehrsflächen von 5,4 ha/Tag. In einer längerfristigen Betrachtung zeigt sich damit eine weiter abnehmende Tendenz. So lag die tägliche Flächeninanspruchnahme 2008 noch bei rund 8 ha/Tag, während der Durchschnittswert über die letzten 5 Jahre rund 5,2 ha/Tag betrug. „Flächenverbrauch“ ist jedoch nicht mit „Versiegelung“ – also dem teilweisen oder vollständigen Abdichten offener Böden – gleichzusetzen. Nach Schätzungen des Statistischen Landesamtes sind knapp die Hälfte der SuV, etwa 242 092 ha oder 6,8 % der Landesfläche, tatsächlich versiegelt. Unter den Gemeinden schwanken die einzelnen Arten der Flächennutzung erheblich: so hat zum Beispiel Bad Rippoldsau-Schapbach im Landkreis Freudenstadt mit über 90 % den höchsten Anteil an Wald, Kornwestheim im Landkreis Ludwigsburg mit 62 % den höchsten Anteil an Siedlungs- und Verkehrsfläche an der jeweiligen Bodenfläche.

Siedlungs- und Verkehrsfläche*)

Nutzungsart	Gemeinde				Im Vergleich zum Land	
	2000		2020		2020	
	ha	%	ha	%	ha	%
Bodenfläche insgesamt	1 806	100	1 806	100	3 574 782	100
Siedlungs- und Verkehrsfläche	421	23,3	456	25,3	525 676	14,7
darunter						
Wohnbaufläche	135	32,0	158	34,5	157 302	29,9
Industrie- und Gewerbefläche	56	13,3	57	12,5	74 324	14,1
Sport-, Freizeit- und Erholungsfläche	19	4,5	22	4,9	38 104	7,3
Friedhof	2	0,4	4	0,9	3 706	0,7
Verkehr	154	36,5	162	35,5	198 980	37,9

Flächennutzung*) in der Gemeinde



Bevölkerung

Die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner Baden-Württembergs hat sich im Jahr 2021 um etwa 21 600 auf 11 124 600 Personen erhöht. Das Plus war damit im vergangenen Jahr wieder deutlich größer als im Jahr 2020. Gegenüber 1952, dem Gründungsjahr des Südweststaates, ist die Einwohnerzahl um rund 4,4 Mill. angestiegen und hat einen neuen Höchststand erreicht.

Der Anstieg der Einwohnerzahl im Jahr 2021 war ausschließlich auf Wanderungsgewinne zurückzuführen: Die Zahl der Zuzüge lag um etwa 27 100 höher als die der Fortzüge, dagegen war der Geburtensaldo negativ (– 5 500). Die Zahl der Geburten war im vergangenen Jahr mit annähernd 113 600 um etwa 5 500 höher als im Jahr 2020 und damit so hoch wie seit 1997 nicht mehr. Gleichzeitig ist die Zahl der Sterbefälle um ca. 3 000 auf 119 000 angestiegen – so viele wie noch nie seit Bestehen des Landes.

Die **Bevölkerung** Baden-Württembergs wird immer älter: Während der Anteil der Jüngeren (unter 20 Jahre) noch im Jahr 1980 annähernd doppelt so hoch wie der der Älteren (65 Jahre und mehr) lag, waren Ende 2021 die Älteren bereits um annähernd 200 000 Personen stärker als die Jüngeren vertreten. Landesweit den höchsten Anteil älterer Menschen hatte die Gemeinde Büsingen am Hochrhein im Landkreis Konstanz (34 %). Dagegen war die Gemeinde Setzingen im Alb-Donau-Kreis diejenige mit dem höchsten Anteil jüngerer Menschen (27 %).

Bevölkerungsentwicklung seit 1871 in der Gemeinde

Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einw. je km ²	Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einw. je km ²
		männlich	weiblich				männlich	weiblich	
		%					%		
Anzahl		%		Anzahl	Anzahl		%		Anzahl
1871	3 130	48	52	173	1990	13 035	49	51	722
1890	3 137	48	52	174	1994	13 438	49	51	744
1900	3 191	48	52	177	1998	14 435	49	51	799
1910	3 681	50	50	204	2002	15 094	49	51	836
1925	3 898	48	52	216	2006	15 627	49	51	865
1933	4 332	48	52	240	2010	15 510	50	50	859
1939	5 098	50	50	282	2014	15 382	49	51	852
1950	7 341	47	53	406	2018	16 008	49	51	886
1961	10 582	47	53	586	2019	15 924	49	51	882
1970	11 945	48	52	661	2020	15 833	49	51	877
1987	12 586	48	52	697	2021	15 797	49	51	875

Geburten, Sterbefälle, Zu- und Fortzüge in der Gemeinde

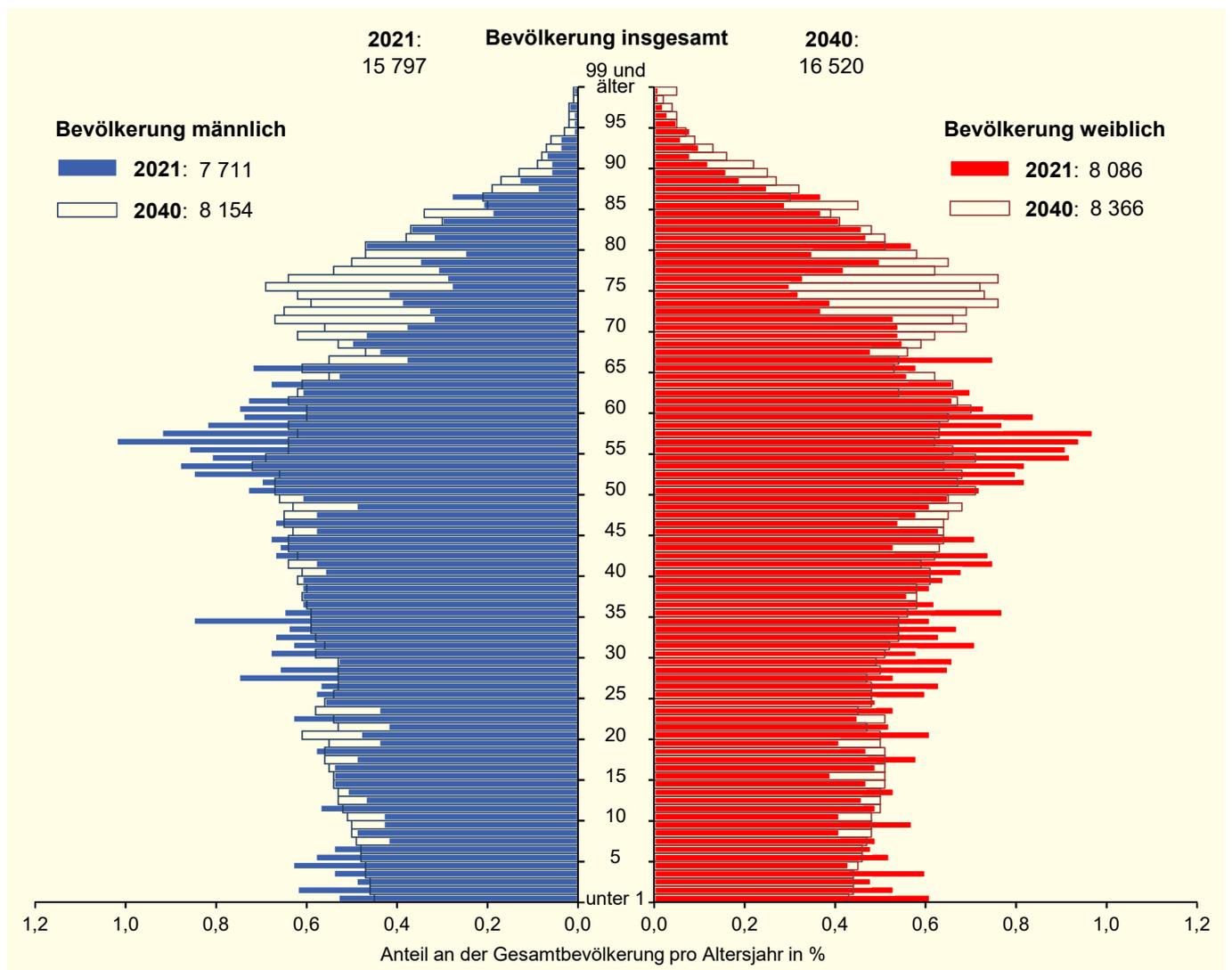
Jahr	Natürliche Bevölkerungsbewegung					Wanderungen				Bevölkerungs- zu- (+) bzw. -abnahme (–) ¹⁾		
	Lebend- geborene	Ge- storbene	Geburtenüberschuss (+) bzw. -defizit (–)		Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo		insgesamt	je 1 000 Einw.		
			insgesamt	je 1 000 Einw.			insgesamt	je 1 000 Einw.				
											Anzahl	
2013	135	130	+	5	+ 0,3	1 366	1 332	+	34	+ 2,2	+ 39	+ 2,5
2014	148	142	+	6	+ 0,4	1 306	1 264	+	42	+ 2,7	+ 48	+ 3,1
2015	160	128	+	32	+ 2,1	1 329	1 266	+	63	+ 4,1	+ 95	+ 6,2
2016	180	133	+	47	+ 3,0	1 419	1 260	+	159	+ 10,2	+ 206	+ 13,2
2017	173	132	+	41	+ 2,6	1 418	1 292	+	126	+ 8,0	+ 167	+ 10,6
2018	173	126	+	47	+ 3,0	1 490	1 374	+	116	+ 7,3	+ 163	+ 10,2
2019	143	134	+	9	+ 0,6	1 370	1 462	–	92	– 5,8	– 83	– 5,2
2020	187	167	+	20	+ 1,3	1 259	1 364	–	105	– 6,6	– 85	– 5,4
2021	181	149	+	32	+ 2,0	1 180	1 246	–	66	– 4,2	– 34	– 2,1



Bevölkerungsstruktur 2021 in der Gemeinde

Altersgruppen	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich		
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%		
unter 3	517	3	260	3	257	3	3	3	3
3 bis unter 6	519	3	275	4	244	3	3	3	3
6 bis unter 15	1 378	9	697	9	681	8	8	9	8
15 bis unter 18	478	3	248	3	230	3	3	3	3
18 bis unter 25	1 111	7	561	7	550	7	8	8	7
25 bis unter 40	3 019	19	1 525	20	1 494	18	20	21	19
40 bis unter 65	5 682	36	2 800	36	2 882	36	35	35	34
65 bis unter 75	1 482	9	685	9	797	10	10	10	11
75 und mehr	1 611	10	660	9	951	12	11	9	12
Insgesamt	15 797	100	7 711	100	8 086	100	100	100	100
Durchschnittsalter in Jahren									
	43,3		42,1		44,4		43,8	42,6	45,1

Relative Bevölkerungspyramide der Gemeinde 2021 und 2040



Bevölkerungsvorausberechnung

Die Hauptvariante der **Bevölkerungsvorausberechnung** mit Basis 2020 geht auf Landesebene von einem moderaten Anstieg der Einwohnerzahl in Baden-Württemberg bis 2040 aus. Im Anschluss ist mit einem Bevölkerungsrückgang bis 2060 auf das Niveau der Einwohnerzahl des Jahres 2017 zu rechnen, weil sich das bestehende Geburtendefizit aufgrund der Altersstruktur der **Bevölkerung** vergrößern wird. Auch die Zuwanderung kann diese Entwicklung aller Voraussicht nach nicht aufhalten.

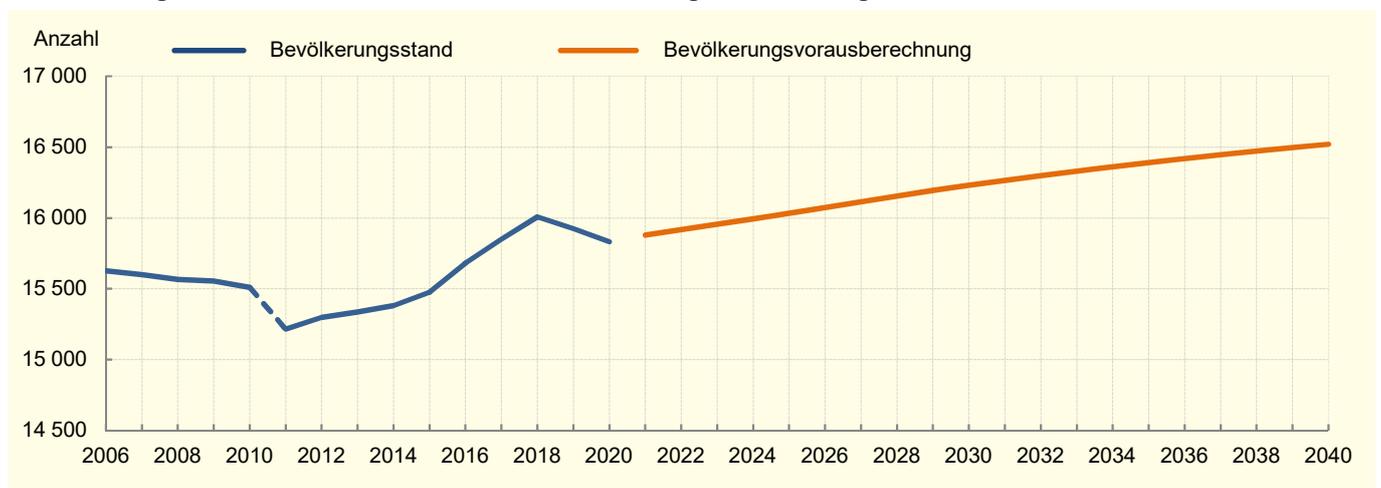
Für die regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung wurde die obere Variante der Landesvorausberechnung herangezogen, da die vorläufigen Bevölkerungszahlen für das Jahr 2021 zeigen, dass sich die Wanderungen schneller wieder erholt haben, als zunächst angenommen. Im Unterschied zur Hauptvariante wird bei der oberen Variante von einem höheren Wanderungssaldo ausgegangen. In beiden Fällen wird eine durchschnittliche Geburtenrate von 1,56 Kindern je Frau angenommen.

Bis 2040 wachsen alle Kreise des Landes im Schnitt voraussichtlich um 2,9 %. Das größte Wachstum verzeichnen dabei die Stadtkreise Heilbronn (+ 5,7 %) und Pforzheim (+ 5,5 %) sowie der Landkreis Biberach (+ 4,9 %). Am schwächsten wachsen die Stadtkreise Baden-Baden (+ 0,1 %) und Karlsruhe (+ 1,0 %) sowie der Bodenseekreis (+ 1,1 %).

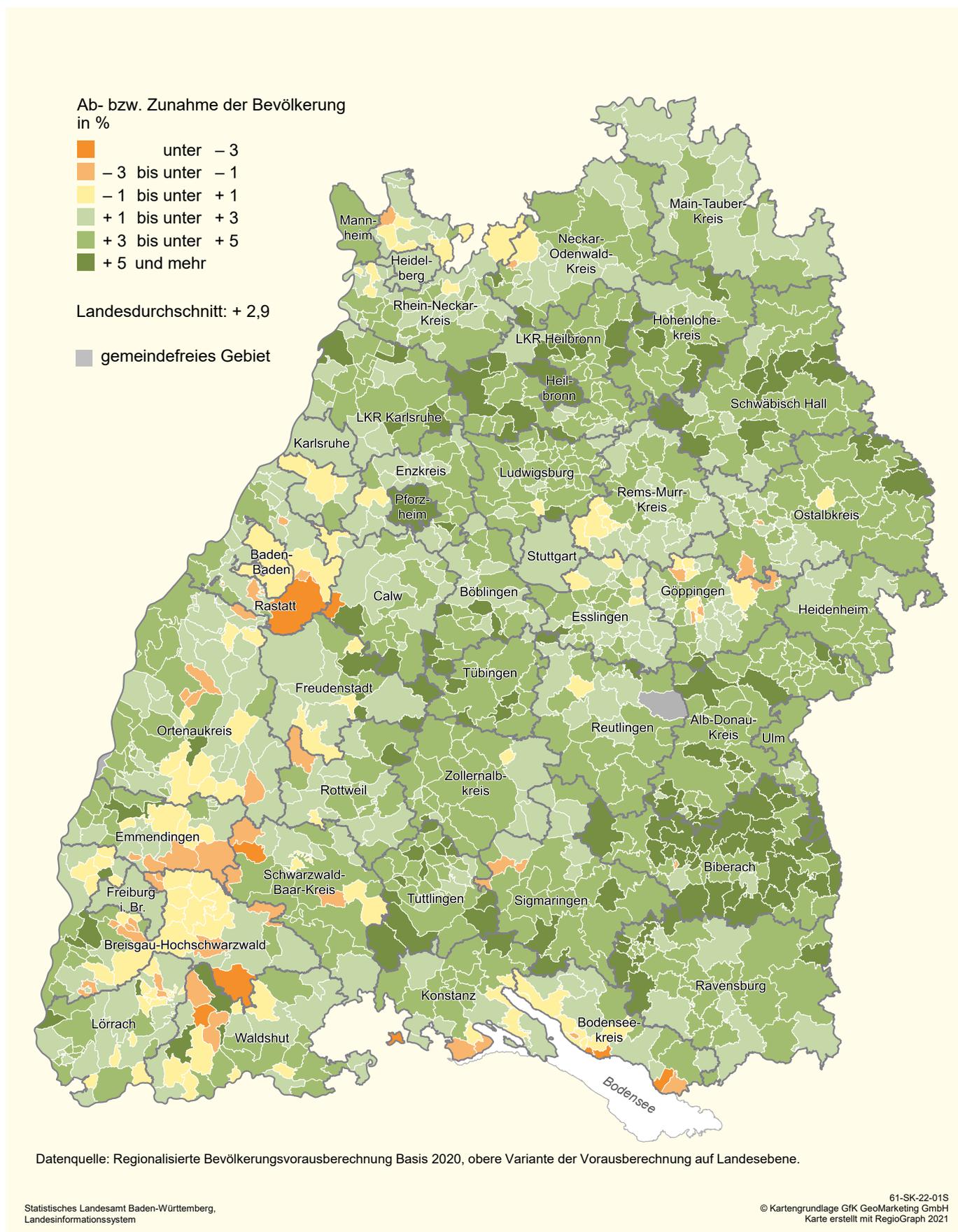
Voraussichtliche Bevölkerungsstruktur 2040 in der Gemeinde

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich		
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%		
unter 3	442	3	226	3	216	3	3	3	3
3 – 6	459	3	235	3	224	3	3	3	3
6 – 15	1 484	9	761	9	723	9	9	9	8
15 – 18	528	3	273	3	255	3	3	3	3
18 – 25	1 212	7	648	8	564	7	8	8	7
25 – 40	2 738	17	1 417	17	1 321	16	18	19	17
40 – 65	5 300	32	2 633	32	2 667	32	31	32	31
65 – 75	2 022	12	970	12	1 052	13	12	11	12
75 und mehr	2 335	14	991	12	1 344	16	14	12	16
Insgesamt	16 520	100	8 154	100	8 366	100	100	100	100
	Durchschnittsalter in Jahren								
	45,7		44,3		47,1		45,3	44,1	46,6

Bevölkerungsstand und voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung in der Gemeinde



Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung in den Gemeinden 2020 bis 2040 – mit Wanderungen



Ausländische Bevölkerung

Die Einwohnerzahl Baden-Württembergs ist in den vergangenen Jahren stetig angestiegen und lag Ende 2021 bei 11,12 Mill. Darunter waren 1,82 Mill. Ausländerinnen und Ausländer und damit so viele wie noch nie seit Bestehen des Landes. Deren Anteil an der Gesamtbevölkerung lag zuletzt bei 16,4 %.

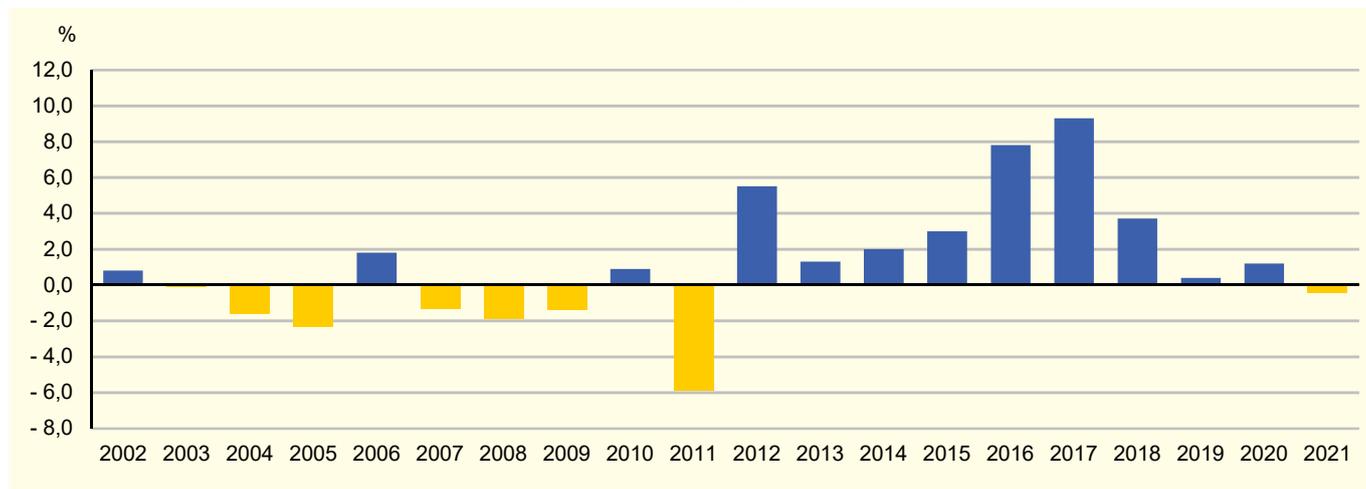
Die ausländischen Frauen und Männer in Baden-Württemberg waren am Jahresende 2021 im Durchschnitt 39 Jahre alt und damit wesentlich jünger als die deutsche Bevölkerung mit annähernd 45 Jahren. Allerdings sind auch die ausländischen Staatsangehörigen in den vergangenen Jahrzehnten „gealtert“. So lag ihr Durchschnittsalter im Jahr 1970 noch bei lediglich 28 Jahren und damit sogar um rund 8 Jahre niedriger als das der Deutschen.

Innerhalb des Landes verteilt sich die **ausländische Bevölkerung** sehr ungleichmäßig; es ist vor allem weiterhin ein ausgeprägtes Stadt-Land-Gefälle feststellbar: Am höchsten ist der Anteil an ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in den Stadtkreisen Pforzheim, Heilbronn und Stuttgart, in denen etwa jede vierte Person keinen deutschen Pass besitzt. Dagegen liegt dieser Anteil in den ländlich geprägten Landkreisen Main-Tauber- und Neckar-Odenwald-Kreis bei lediglich 10 bzw. 11 %. Unter den 1 101 Kommunen des Landes wiesen Jagsthausen im Landkreis Heilbronn sowie die Exklave Büsingen am Hochrhein die höchsten Werte auf (35 %).

Ausländische Bevölkerungsstruktur 2021 in der Gemeinde

Altersgruppe	Ausländische Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich			
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%			
unter 3	68	3	39	3	29	2	3	2	3	
3 bis unter 6	78	3	37	3	41	3	3	3	3	
6 bis unter 15	190	7	105	8	85	6	7	7	7	
15 bis unter 18	52	2	31	2	21	2	2	2	2	
18 bis unter 25	189	7	106	8	83	6	9	9	8	
25 bis unter 40	795	30	419	31	376	29	31	32	29	
40 bis unter 65	1 034	39	503	37	531	40	36	36	37	
65 bis unter 75	157	6	65	5	92	7	6	6	7	
75 und mehr	97	4	43	3	54	4	4	4	4	
Insgesamt	2 660	100	1 348	100	1 312	100	100	100	100	
	Durchschnittsalter in Jahren									
	39,4		38,3		40,6		39,0	38,5	39,5	

Prozentuale Zu- bzw. Abnahme der Ausländerzahl im Vergleich zum Vorjahr*) in der Gemeinde



Bundestagswahlen

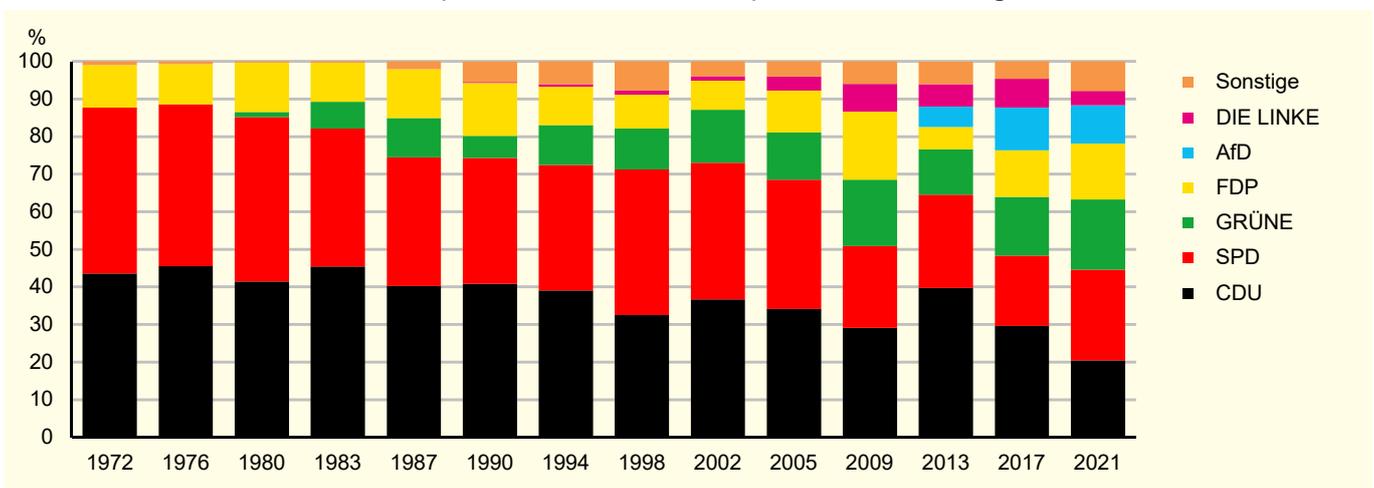
Bei der Bundestagswahl am 26.09.2021 erreichte in Baden-Württemberg die CDU mit 24,8 % erneut den höchsten Zweitstimmenanteil. Allerdings mussten die Christdemokraten gegenüber der vorangegangenen Bundestagswahl mit einem Minus von 9,6 Prozentpunkten deutliche Verluste hinnehmen. Den zweithöchsten Zweitstimmenanteil erzielte in Baden-Württemberg die SPD. Mit 21,6 % konnte die Partei deutlich hinzugewinnen (+ 5,2 Prozentpunkte). Auf dem dritten Platz in der Wählergunst der Baden-Würtembergerinnen und Baden-Würtemberger landeten die GRÜNEN mit 17,2 % (+ 3,7 Prozentpunkte), gefolgt von der FDP mit 15,3 % (+ 2,6 Prozentpunkte). Neben der CDU mussten auch die AfD und DIE LINKE einen spürbaren Stimmenrückgang hinnehmen (AfD: – 2,6 Prozentpunkte; DIE LINKE: – 3,1 Prozentpunkte). Lediglich 9,6 % der gültigen Zweitstimmen aus Baden-Württemberg gingen an die AfD bzw. 3,3 % an DIE LINKE. Von den 38 Direktmandaten Baden-Württembergs gingen 33 an die CDU, vier an die GRÜNEN und ein Direktmandat ging an die SPD.

In Baden-Württemberg beteiligten sich insgesamt 77,8 % der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger an der Wahl zum 20. Bundestag. Das sind 0,5 Prozentpunkte weniger als bei der vorangegangenen Bundestagswahl im Jahr 2017. Damals lag die Wahlbeteiligung bei 78,3 %. Die höchste Wahlbeteiligung des Landes erzielte der Wahlkreis Stuttgart I (82,1 %), die niedrigste wurde in Mannheim mit 72,2 % erreicht.

Wahlergebnisse im Vergleich in der Gemeinde

Wahl	Briefwahl ¹⁾	Wahlberechtigte	Wähler/-innen	Wahlbeteiligung	Stimmenanteile ²⁾									
					Anzahl				% bzw. bei Veränderung Prozentpunkte			AfD	DIE LINKE	Sonstige
					GRÜNE	CDU	SPD	FDP						
Landtagswahl 2021	mit	10 629	6 729	63,3	38,9	20,8	12,2	9,7	7,4	3,5	7,5			
Landtagswahl 2016	mit	10 800	8 167	75,6	34,8	24,4	13,3	8,3	13,1	3,1	3,0			
Veränderung ³⁾		- 171	- 1 438	- 12,3	+ 4,1	- 3,6	- 1,1	+ 1,4	- 5,7	+ 0,4	+ 4,5			
Bundestagswahl 2021	mit	10 702	8 724	81,5	20,7	21,9	23,8	14,3	8,0	3,6	7,7			
Bundestagswahl 2017	mit	10 858	8 859	81,6	15,5	30,9	18,0	12,9	10,8	7,3	4,5			
Veränderung ³⁾		- 156	- 135	- 0,1	+ 5,2	- 9,0	+ 5,8	+ 1,4	- 2,8	- 3,7	+ 3,2			
Europawahl 2019	mit	10 860	7 542	69,4	24,3	25,6	16,6	5,7	9,1	3,9	14,9			
Europawahl 2014	mit	10 817	6 230	57,6	15,7	31,9	27,2	4,2	7,7	4,0	9,4			
Veränderung ³⁾		+ 43	+ 1 312	+ 11,8	+ 8,6	- 6,3	- 10,6	+ 1,5	+ 1,4	- 0,1	+ 5,5			

Zweitstimmenanteile der Parteien (ohne Briefwähler/-innen) bei den Bundestagswahlen in der Gemeinde



Bildung

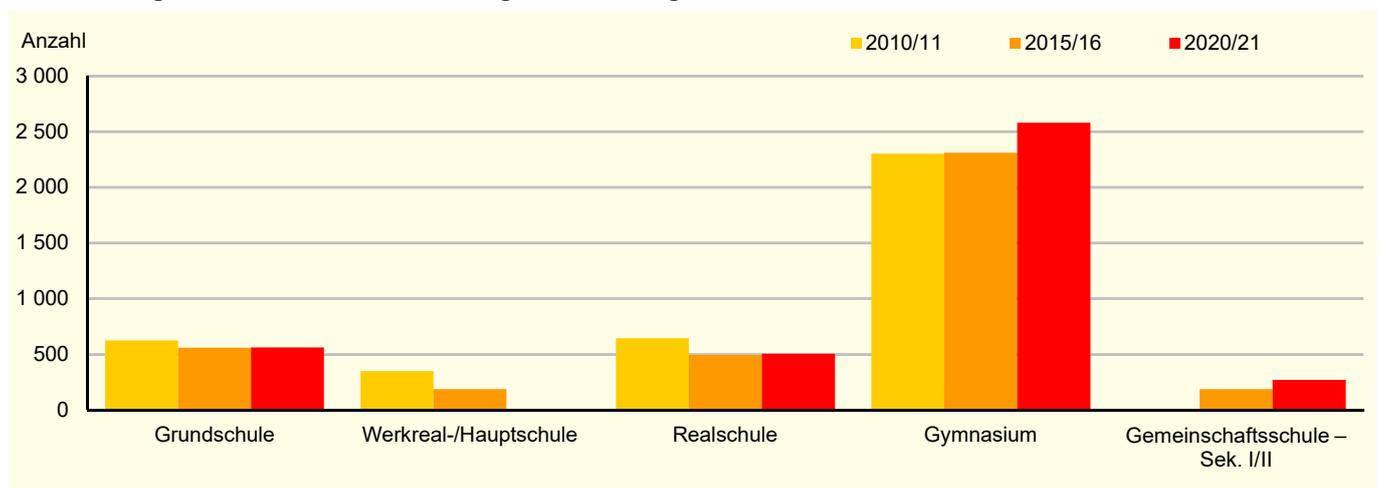
Zum Schuljahr 2020/21 besuchten knapp 1,1 Mill. Schülerinnen und Schüler eine der 3 959 allgemeinbildenden Schulen des Landes. Knapp 90 % wurden an einer öffentlichen Schule und gut 10 % an einer Schule in freier Trägerschaft unterrichtet. Mit einer Anzahl von 380 214 waren die meisten Schülerinnen und Schüler an Grundschulen. Unter den weiterführenden Schulen liegen Gymnasien mit 295 640 Schülerinnen und Schülern vor Realschulen mit 209 552, Gemeinschaftsschulen mit 85 358 und Haupt-/Werkrealschulen mit 44 980 Schülerinnen und Schülern. Das Gymnasium bleibt damit die beliebteste weiterführende Schulart.

Die Zahl der Grundschülerinnen und Grundschüler sank damit im Vergleich zum Vorjahr um 1 174 (– 0,3 %) Kinder. Haupt-/Werkrealschulen (– 7,2 %) sowie Realschulen (– 1,6 %) verloren jeweils mehr als 3 400 Schülerinnen und Schüler im Vorjahresvergleich. Gymnasien (+ 0,5 %) und Gemeinschaftsschulen (+ 3,6 %) verzeichneten dagegen Zuwächse. An Gemeinschaftsschulen, die in Baden-Württemberg zum Schuljahr 2012/13 eingeführt wurden, werden damit bereits beinahe doppelt so viele Schülerinnen und Schüler wie an Haupt-/Werkrealschulen unterrichtet. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass an Gemeinschaftsschulen sowohl der Hauptschulabschluss als auch die mittlere Reife oder das Abitur erreicht werden können.

Allgemeinbildende Schulen im Schuljahr 2020/21 in der Gemeinde

Schularten	Öffentliche und private Schulen insgesamt		Darunter öffentliche Schulen					Zum Vergleich: Schuljahr 2010/11	
			Schüler/-innen zusammen	und zwar		Schüler/-innen je Klasse ²⁾	Schüler/-innen zusammen	Schüler/-innen je Klasse ²⁾	
	Schulen ¹⁾	Schüler/-innen		weiblich	ausländisch				Schüler/-innen zusammen
	Anzahl		%		Anzahl				
Grundschulen ³⁾	3	561	542	51	17	24	616	23	
Werkreal-/Hauptschulen	–	–	–	–	–	–	348	23	
Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren ⁴⁾	1	103	103	43	25	13	110	9	
Realschulen	1	503	503	50	14	25	644	26	
Gymnasien	1	2 581	2 581	51	4	28	2 300	28	
Gemeinschaftsschulen – Sek. I/II	1	270	270	42	27	19	x	x	
Freie Waldorfschulen	–	–	x	x	x	x	x	x	
Insgesamt⁵⁾	7	4 018	3 999	50	9	25	4 018	25	

Entwicklung der Schülerzahlen an ausgewählten allgemeinbildenden Schulen in der Gemeinde



Beschäftigung und Arbeitsmarkt

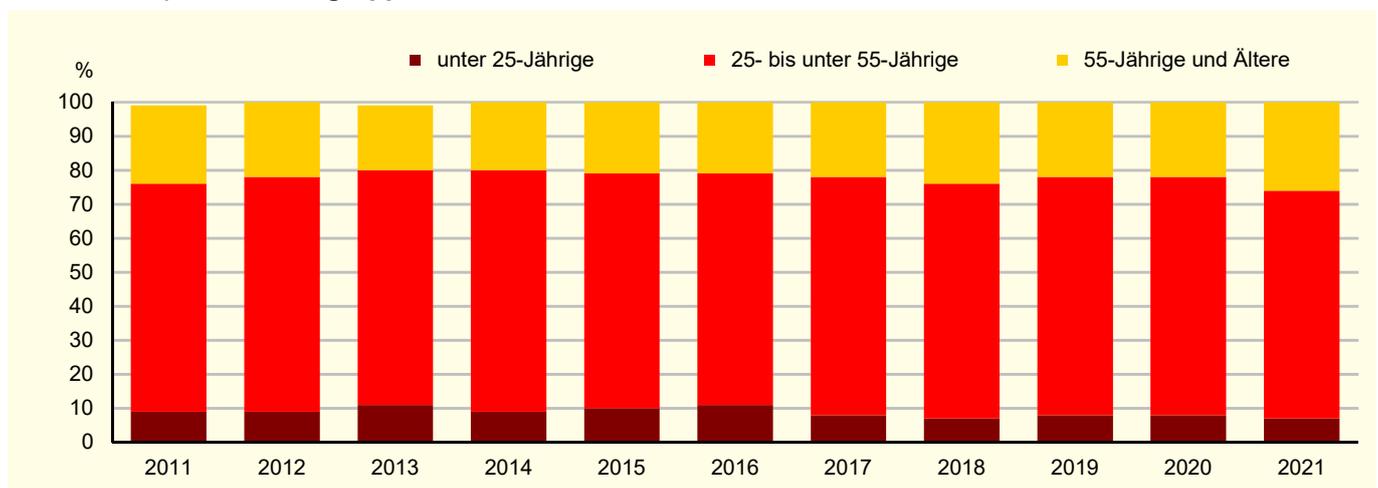
Zur Jahresmitte 2021 waren in Baden-Württemberg rund 4,78 Mill. Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt, darunter fast 2,17 Mill. Frauen. Insgesamt waren dies 777 000 (+ 19 %) **sozialversicherungspflichtig Beschäftigte** mehr als 10 Jahre zuvor. Während die Zahl der deutschen Beschäftigten in der letzten Dekade um etwa 373 000 bzw. 10 % angestiegen ist, hat sich die Zahl der ausländischen Beschäftigten im gleichen Zeitraum um mehr als 400 000 auf knapp 835 000 beinahe verdoppelt. Nachdem der Südwesten im Jahr 2020 durch die Corona-Pandemie den ersten Beschäftigungsrückgang seit 2010 erlebte, hat sich die Beschäftigung im Jahr 2021 erholt. So stieg die Zahl der Beschäftigten im Vorjahresvergleich insgesamt um rund 54 000 oder 1,2 %. Besonders äußerte sich der Anstieg im Gesundheits- und Sozialwesen (+ 20 000, + 3,2 %) sowie in der Zeitarbeitsbranche (+ 18 000, + 23,8 %). Das Verarbeitende Gewerbe (– 17 000, – 1,3 %) und das Gastgewerbe (– 6 000, – 5,1 %) hingegen setzten im gleichen Zeitraum den Stellenabbau fort, wenn auch weniger dynamisch als 2020 verglichen mit 2019.

Simultan zur Beschäftigung konnte die Zahl der **Arbeitslosen** der Corona-Krise ebenfalls trotzen. Der Arbeitslosenbestand hat sich im Vergleich zum Vorjahr um rund 12 000 bzw. 4,7 % reduziert. Die Arbeitslosenquote sank in Baden-Württemberg von 4,1 % auf 3,9 %.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort sowie Arbeitslose in der Gemeinde

Jahr	Beschäftigte ¹⁾		Und zwar ²⁾				Arbeitslose ³⁾ insgesamt	Und zwar		
	insgesamt	je 1 000 Einw.	Frauen	Produzierendes Gewerbe	Handel, Verkehr, Gastgewerbe	Sonstige Dienstleistungen		Frauen	unter 25 Jahre	55 Jahre und älter
	Anzahl			%				Anzahl	%	
2005	2 862	184	55	35	24	37	439	41	13	13
2007	2 963	190	55	32	25	38	357	51	11	10
2009	3 082	197	55	30	25	40	405	45	12	17
2011	3 040	199	56	32	23	41	350	48	9	23
2013	3 203	209	55	33	23	40	360	47	11	19
2015	3 493	225	53	33	25	38	356	46	10	21
2017	3 623	228	51	34	25	37	373	47	8	22
2019	3 791	235	52	35	24	37	355	46	8	22
2021	3 528	222	52	34	25	39	346	47	7	26

Arbeitslose*) nach Altersgruppen in der Gemeinde



Bauen

In Baden-Württemberg wurden im Jahr 2021 Baugenehmigungen für rund 45 800 Wohnungen in gut 16 800 neuen Wohngebäuden (einschließlich Wohnheimen) erteilt. Damit wurden rund 7 % oder fast 3 100 mehr Wohnungen genehmigt als 2020. Die Zahl der genehmigten Wohnungen stieg das zweite Mal in Folge stark an: Im Jahr 2020 lag die Zahl der genehmigten Wohnungen mit 42 800 um etwa 6 % über dem Wert des Jahres 2019.

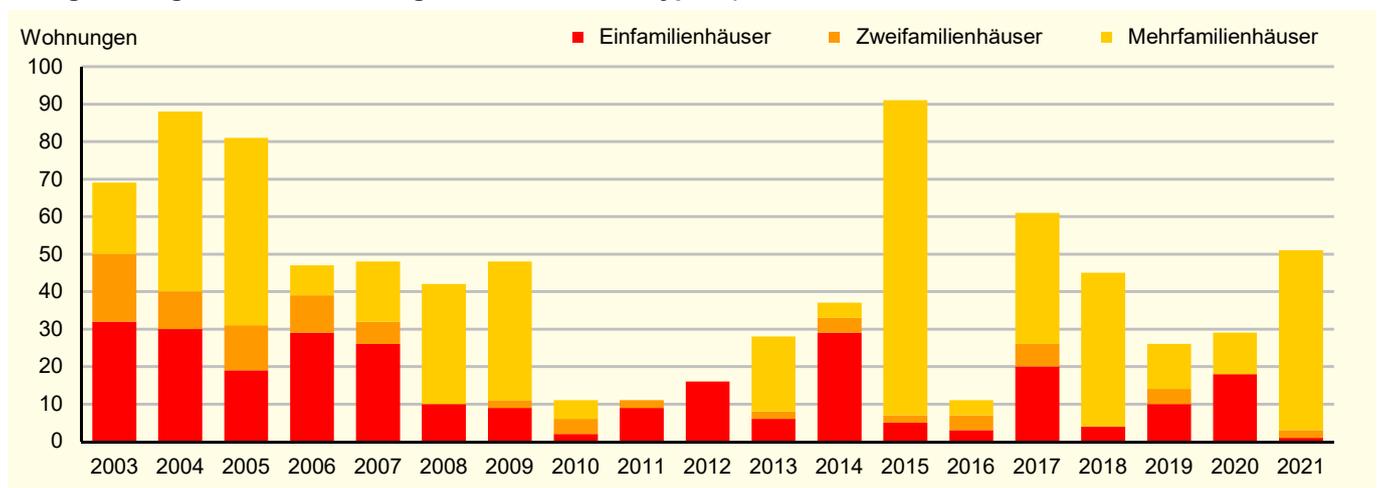
Nach einem starken Anstieg im Jahr 2020 waren die Baufertigstellungen von Wohngebäuden 2021 rückläufig. Knapp 13 700 Wohngebäude wurden im Jahr 2021 fertiggestellt, das waren rund 8 % weniger als 2020. Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen lag 2021 bei etwa 36 100 (2020: 36 300). Der Anteil der Einfamilienhäuser an den fertiggestellten Wohngebäuden betrug im Jahr 2021 68 %, 14 % der Gebäude waren Zweifamilienhäuser, 18 % Mehrfamilienhäuser. Wenngleich die Einfamilienhäuser die bezugsfertig gestellten Wohngebäude weiter dominieren, ging ihr Anteil in den vergangenen Jahren stetig zurück. Zum Vergleich: Im Jahr 2013 lag der Anteil der Einfamilienhäuser an den fertiggestellten Wohngebäuden noch bei 77 %.

Insgesamt wurden 2021 rund 3,69 Mill. m² Wohnfläche in neuen Wohnungen in Wohngebäuden bezugsfertig. Dabei betrug die durchschnittliche Wohnfläche in Einfamilienhäusern 161 m² (2020: 160 m²), in Zweifamilienhäusern 113 m² (2020: 115 m²) und in Mehrfamilienhäusern durchschnittlich 82 m² (2020: 83 m²).

Baugenehmigungen und -fertigstellungen neuer Wohngebäude in der Gemeinde

Jahr	Baugenehmigungen		Baufertigstellungen							
	Wohngebäude	Wohnungen	Wohngebäude	Anteil nach Gebäudotyp			Wohnungen	Wohnfläche nach Gebäudotyp		
				Einfam. häuser	Zweifam. häuser	Mehrfam. häuser ¹⁾		Einfam. häuser	Zweifam. häuser	Mehrfam. häuser
	Anzahl			%			Anzahl	100 m ²		
2013	37	101	10	60	10	30	28	10	2	22
2014	11	40	32	91	6	3	37	45	6	3
2015	23	76	15	33	7	60	91	10	2	75
2016	18	46	7	43	29	29	28	4	4	5
2017	9	33	28	71	11	18	65	31	6	26
2018	34	115	11	36	–	64	53	7	–	33
2019	7	16	14	71	14	14	26	17	5	9
2020	19	93	20	90	–	10	29	23	–	9
2021	4	9	8	13	13	75	51	2	3	43

Fertigstellungen neuer Wohnungen nach Gebäudetypen*) in der Gemeinde



Wohnen

Der Wohnungsbestand in Baden-Württemberg wuchs im Jahr 2021 um 0,7 % bzw. gut 39 000 auf rund 5,4 Mill. Knapp zwei Drittel entstanden in Einfamilienhäusern. Die Anteile der Wohnungen mit fünf oder mehr Räumen (einschließlich Küchen) sowie der Drei- oder Vierraumwohnungen lagen im Land bei jeweils 44 %, rund 12 % fielen auf Ein- oder Zwei-Raum-Wohnungen.

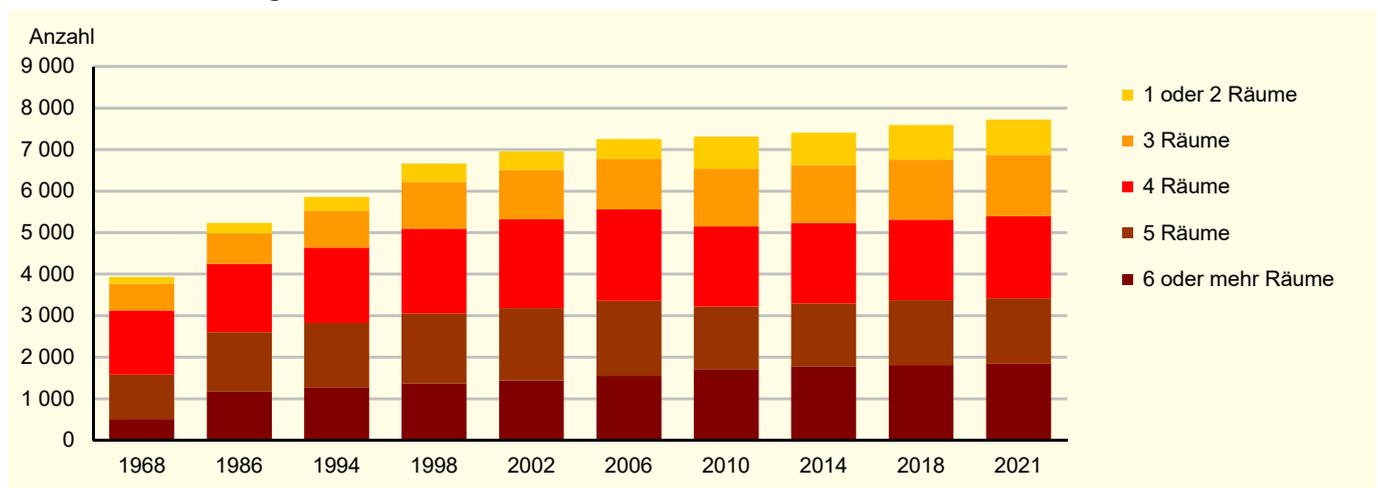
Neu gebaute Wohnungen sind deutlich größer als im Durchschnitt des Wohnungsbestands. So wuchs die durchschnittliche Wohnfläche je Wohnung kontinuierlich und erreichte im Jahr 2021 96,6 m². Die durchschnittliche Wohnfläche je Einwohnerin und Einwohner wuchs im selben Zeitraum sogar um 6,6 m². Jeder Einwohnerin bzw. jedem Einwohner standen 2021 rein rechnerisch 47 m² Wohnfläche zur Verfügung.

Ende 2021 gab es landesweit rund 61 % Einfamilienhäuser, 21 % Zweifamilienhäuser und ca. 18 % Mehrfamilienhäuser. In der Regel ist der Anteil an Einfamilienhäusern in den eher ländlich strukturierten Bereichen des Landes höher als in verdichteten Gebieten, was nicht zuletzt auch auf die unterschiedlichen Baulandpreise zurückzuführen ist. Am höchsten ist der Anteil an Einfamilienhäusern in der Gemeinde Weilen unter den Rinnen (Zollernalbkreis) mit 92 %, am niedrigsten in der Stadt Fellbach (Rems-Murr-Kreis) mit gut 32 %. Der Anteil in der Landeshauptstadt Stuttgart liegt bei etwa 35 %.

Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen in der Gemeinde

Jahr ¹⁾	Wohngebäude insgesamt ²⁾		Davon mit ... Wohnungen						Wohnungen insgesamt ³⁾	Einw. je 100 Wohnungen	Wohnfläche je Einw. m ²
			1		2		3 und mehr				
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl		
1968	1 936	921	48	593	31	324	17	3 930	302	24	
1986	2 659	1 555	58	669	25	435	16	5 228	239	37	
1994	2 826	1 620	57	694	25	512	18	5 857	229	38	
1998	3 005	1 709	57	711	24	585	19	6 660	217	40	
2002	3 100	1 763	57	729	24	608	20	6 956	217	40	
2006	3 249	1 873	58	751	23	625	19	7 244	216	41	
2010	3 309	2 038	62	649	20	621	19	7 313	212	43	
2014	3 376	2 096	62	655	19	624	18	7 403	208	45	
2018	3 425	2 124	62	662	19	634	19	7 587	211	44	
2021	3 469	2 153	62	665	19	646	19	7 721	205	46	

Bestand an Wohnungen nach der Raumzahl in der Gemeinde



Gemeindefinanzen und Gemeindepersonal

Die **bereinigten Einnahmen** lagen 2020 mit 38,7 Mrd. Euro um 1,2 Mrd. über dem Niveau des Vorjahres (+ 3,1 %). Gegenüber 2019 sanken die Steuereinnahmen um 2,9 % auf 16,2 Mrd. Euro. Das Aufkommen an Gewerbesteuer netto (nach Abzug der Gewerbesteuerumlage) sank um 10,8 % und beträgt nun 5,8 Mrd. Euro. Die **bereinigten Ausgaben** der Gemeinden im Land erhöhten sich im Vergleich zu 2019 um 1,5 Mrd. auf 38,7 Mrd. Euro.

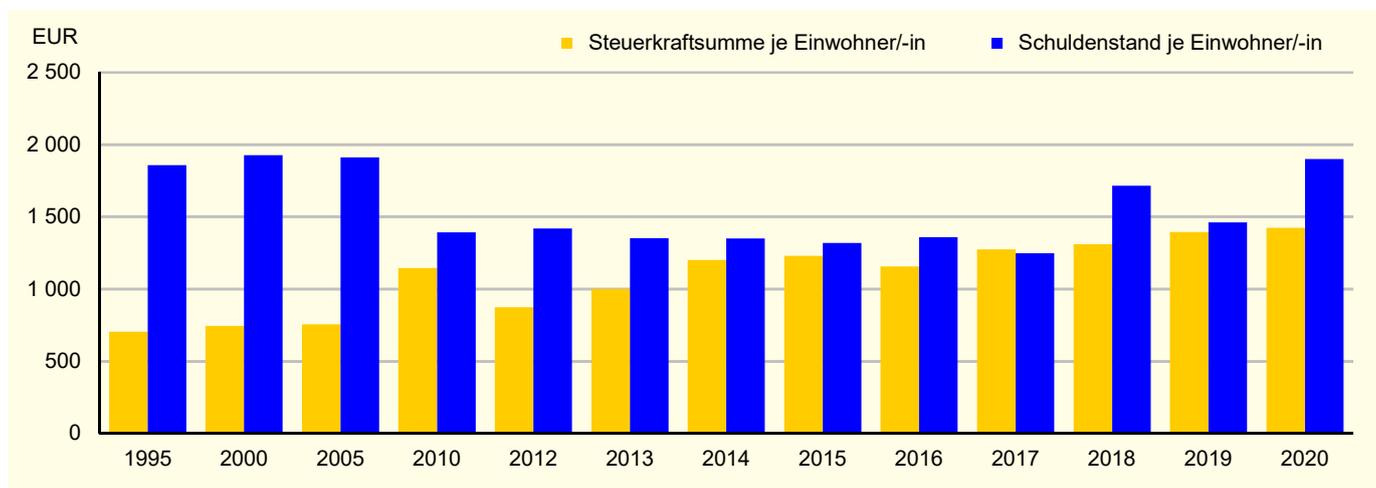
Die **Schulden** der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie deren Eigenbetriebe in Baden-Württemberg betragen am 31.12.2020 insgesamt knapp unter 13,5 Mrd. Euro, wovon 6,3 Mrd. von den Kernhaushalten und rund 7,2 Mrd. von den Eigenbetrieben aufgenommen wurden. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der gemeindliche Schuldenstand damit insgesamt um knapp 673 Mill. Euro bzw. 5,3 % erhöht. Die Pro-Kopf-Verschuldung der Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie der Eigenbetriebe lag landesweit bei 1 212 Euro.

Am 30. Juni 2020 arbeiteten im kommunalen Bereich insgesamt 253 605 Personen, darunter 187 540 Beschäftigte bei den 1 101 Gemeinden. Im Kernhaushalt der Gemeinden waren 171 635 Personen beschäftigt, davon 78 435 Teilzeitkräfte. Die Eigenbetriebe beschäftigten 15 905 Personen. Der Anteil der Teilzeitkräfte an allen Gemeindebediensteten lag bei 45,7 %.

Gemeindefinanzen*) und Gemeindepersonal

Jahr	Steuerkraftsumme ¹⁾		Schuldenstand ²⁾		Gewerbesteuer		Personalstand ³⁾	
	insgesamt	je Einw.	insgesamt	je Einw.	insgesamt	je Einw.	insgesamt	Vollzeit- äquivalente
	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	Anzahl	
1980	4 749	401	11 045	915	2 927	243	120	.
1985	6 234	513	15 370	1 259	2 660	218	125	.
1990	7 541	593	18 312	1 423	3 175	247	130	.
1995	9 527	704	25 024	1 858	3 408	253	130	.
2000	10 842	743	28 399	1 927	4 612	313	155	135
2005	11 588	756	29 664	1 910	3 653	235	165	130
2010	17 913	1 144	21 627	1 391	3 564	229	175	135
2015	18 961	1 230	20 442	1 318	6 913	446	205	165
2019	22 397	1 395	23 511	1 460	6 561	408	230	180
2020	22 901	1 422	30 186	1 899	4 754	299	250	200

Steuerkraftsumme und Schuldenstand der Gemeinde



Lohn- und Einkommensteuer

In Baden-Württemberg wurden im Jahr 2018 rund 5,8 Mill. unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtige erfasst. Dabei zählen zusammenveranlagte Ehepaare oder Lebenspartnerschaften als eine steuerpflichtige Person.

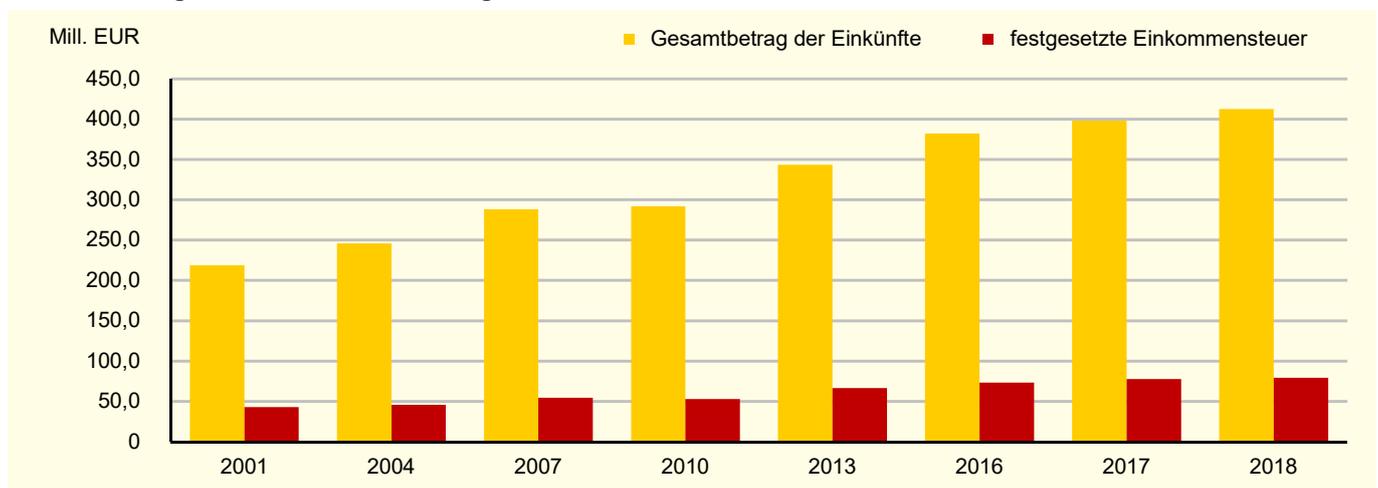
Der Gesamtbetrag der Einkünfte der Steuerpflichtigen im Land summierte sich auf rund 268 Mrd. Euro, was einer Steigerung um 4,7 % zum Vorjahr entspricht. Der durchschnittliche Gesamtbetrag der Einkünfte betrug 46 470 Euro, der Median lag bei 32 906 Euro. Dieser Wert ist beispielsweise für Gemeinden relevant, die bei der Vergabe von Bauland das [Einheimischenmodell](#) anwenden. 4 435 Lohn- und Einkommensteuerpflichtige in Baden-Württemberg erzielten jeweils einen Gesamtbetrag der Einkünfte von mindestens 1 Mill. Euro. Damit erhöhte sich die Zahl der „Einkommensmillionärinnen und -millionäre“ gegenüber 2017 um 8,5 % (348 Steuerpflichtige), nachdem sie bereits von 2016 auf 2017 um 7,2 % gestiegen war.

Das zu versteuernde Einkommen der Steuerpflichtigen insgesamt lag in Baden-Württemberg bei 225 Mrd. Euro, was einer Erhöhung zum Vorjahr um 4,7 % entspricht. Das durchschnittlich zu versteuernde Einkommen je Steuerpflichtigen betrug somit 38 879 Euro, der Median lag bei 28 482 Euro. Insgesamt ergab sich so für Baden-Württemberg eine Summe von 50 Mrd. Euro als festgesetzte Einkommensteuer und damit 4,4 % mehr als im Vorjahr.

Lohn- und Einkommensteuer in der Gemeinde

Jahr	Unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtige ¹⁾	Gesamtbetrag der Einkünfte			zu versteuerndes Einkommen			festgesetzte Einkommensteuer
		insgesamt	je Steuerpflichtigen ²⁾	Median ³⁾	insgesamt	je Steuerpflichtigen	Median ³⁾	
2001	5 637	218 443	38 752	31 203	188 568	33 637	26 686	42 740
2004	7 102	245 743	34 602	27 587	210 704	29 668	22 946	45 374
2007	7 723	288 061	37 299	27 105	253 197	32 785	23 595	54 500
2010	7 730	291 643	37 729	27 586	244 591	31 642	22 688	52 598
2013	7 914	343 138	43 358	30 365	287 601	38 823	27 427	66 470
2016	8 271	382 124	46 200	32 577	319 391	39 964	28 635	73 219
2017	8 366	397 887	47 560	33 436	331 594	40 958	29 021	77 298
2018	8 428	412 521	48 947	34 954	343 844	40 798	30 093	78 964

Gesamtbetrag der Einkünfte und festgesetzte Einkommensteuer in der Gemeinde



Wasserwirtschaft

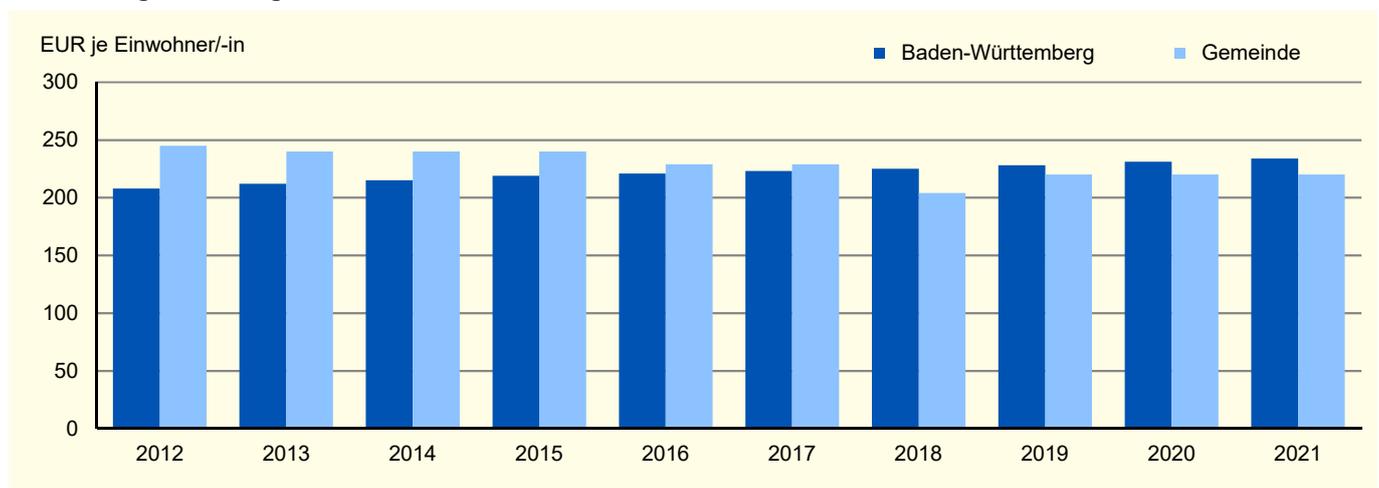
In Baden-Württemberg benötigte jede Einwohnerin bzw. jeder Einwohner im Jahr 2019 durchschnittlich 125 Liter Trinkwasser am Tag. Dagegen lag der Pro-Kopf-Verbrauch 1991 noch bei 140 Liter. Höhere Energie- und Wasserpreise sowie ein gestärktes Umweltbewusstsein haben in den letzten Jahrzehnten die Verbreitung umweltfreundlicher Haushaltstechnik gefördert und das Verbraucherverhalten insgesamt verändert. Seit Anfang der 2010er-Jahre lässt eine offenbar gegenläufige Einflussgröße – nahe liegt der Klimawandel – den Pro-Kopf-Verbrauch wieder ansteigen. Das Trinkwasser stammt aus lokalen Wasservorkommen und/oder aus Wasservorkommen jenseits der Gemeindegrenze mit regionaler oder überregionaler Bedeutung. Die Wassergewinnung in wasserreichen Gebieten deckt den örtlichen Wasserbedarf (Wasserabgabe insgesamt) oder übertrifft ihn und trägt dann zur (Verbund-)Versorgung anderer Gemeinden bei.

Die durchschnittliche Trinkwassergebühr lag in Baden-Württemberg 2021 bei 2,28 Euro/m³, die Schmutzwassergebühr bei 1,98 Euro/m³, die Niederschlagswassergebühr bei 0,48 Euro/m² und die Grundgebühr für Trinkwasser und Abwasser bei 51,66 Euro/Jahr. Das im Schaubild dargestellte **Jahresvergleichsentgelt** berücksichtigt sämtliche Gebührenarten, die in einer Modellrechnung zu einem Jahreswert vereint werden. Die jeweiligen Landesdurchschnitte entstehen durch eine Gewichtung mit den Einwohnerzahlen der Gemeinden.

Öffentliche Wasserversorgung und Wassergebühren in der Gemeinde

Jahr	Wassergewinnung insgesamt ¹⁾	Wasserabgabe insgesamt ²⁾	Wasserabgabe an Letztverbraucher ³⁾			Trinkwassergebühr am 1.1. ⁴⁾	Abwassergebühr am 1.1. ⁵⁾			Grundgebühr für Trink- und Abwasser am 1.1. ⁶⁾	
			zusammen	darunter an Haushalte und Kleingewerbe	täglicher Pro-Kopf-Verbrauch		Einheitsgebühr	Schmutzwasser	Niederschlagswasser		
											1 000 m ³
1979	383	804	539	527	98	121	0,69	0,74	.	.	.
1987	299	713	667	584	88	127	0,79	0,95	.	.	.
1995	254	826	677	590	87	120	1,37	2,35	.	.	.
2001	130	779	742	604	81	111	1,45	2,89	–	–	21,66
2007	–	756	675	538	80	94	1,55	2,89	–	–	23,16
2013	–	709	675	565	84	101	2,03	–	2,28	0,61	23,16
2016	–	762	702	562	80	99	2,09	–	2,02	0,58	23,11
2019	–	.	761	621	82	106	2,09	–	1,87	0,55	23,11
2021	2,09	–	1,87	0,55	23,11

Jahresvergleichsentgelt für Trink- und Abwasser



Umwelt

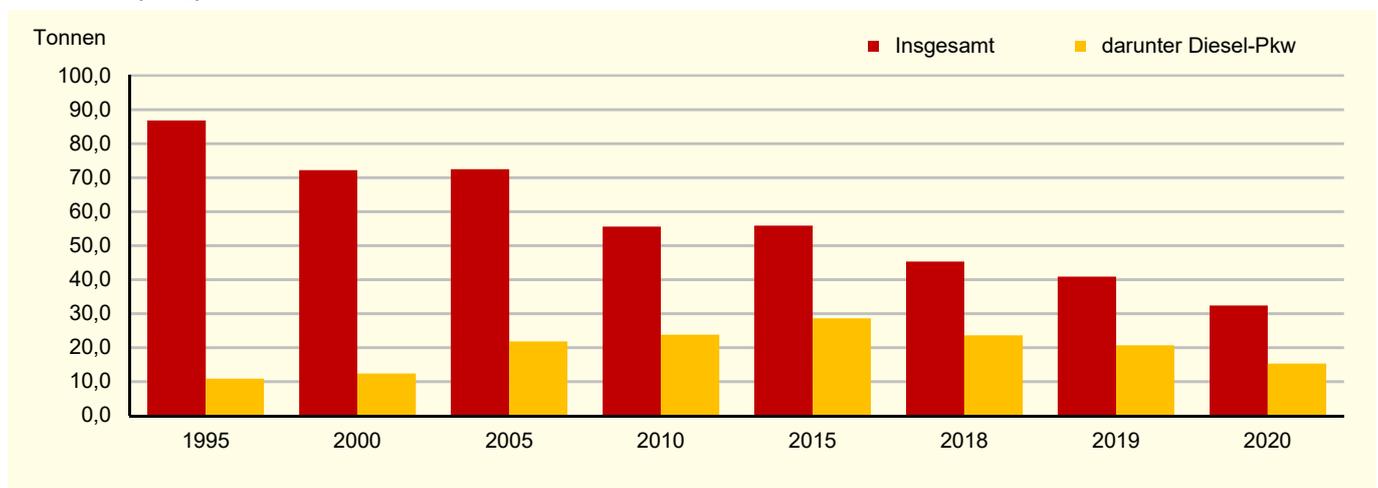
Die mit Kraftfahrzeugen auf den Straßen im Land jährlich zurückgelegten Entfernungen, die sogenannten **Jahresfahrleistungen**, sind 2020 im Vergleich zum Vorjahr aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie um 16 % auf nun noch 80,3 Mrd. km gesunken. Dies entspricht dem Stand zum Beginn der 1990er-Jahre. Den stärksten Einbruch mit fast – 19 % gab es im Personenverkehr, während der Güterverkehr gegenüber 2019 nahezu unverändert geblieben ist. Dass die Fahrleistungen hier nicht ebenfalls gesunken sind, liegt ausschließlich an den leichten Nutzfahrzeugen (Lkw <= 3,5 t), die mit einem Plus von fast 4 % den Rückgang beim Schwerverkehr kompensierten. Die Pkw sind zwar nach wie vor die bestimmende Größe des Verkehrsaufkommens in Baden-Württemberg, jedoch sinkt deren Anteil seit 1995 kontinuierlich auf nun 81 %.

Noch stärker als die Jahresfahrleistungen gingen die **Stickoxidemissionen** im Land zurück. Sie reduzierten sich im Jahr 2020 gegenüber dem Vorjahr um 20 % auf nun 43 600 t. Neben dem Rückgang der Fahrleistungen ist hierfür die stetig weiterentwickelte Abgastechnik verantwortlich, die zu einer Reduzierung des Stickoxidausstoßes vor allem bei den Dieselmotoren führte. Mit rund 50 % entfiel der größte Anteil an den Emissionen auf die Diesel-Pkw, während die leichten und schweren Nutzfahrzeuge zusammen 35 % verursachten. In der längerfristigen Betrachtung sind die Stickoxidemissionen des Straßenverkehrs seit 1995 um 67 % gesunken.

Emissionen und Jahresfahrleistungen in der Gemeinde

Jahr ¹⁾	Stickoxid (NO _x)-Emissionen des Straßenverkehrs					Jahresfahrleistungen				
	ins-gesamt ²⁾	darunter durch				ins-gesamt ²⁾	darunter durch			
		Diesel-Pkw	Otto-Pkw	Schwere Nutzfahrzeuge	Leichte Nutzfahrzeuge		Diesel-Pkw	Otto-Pkw	Schwere Nutzfahrzeuge	Leichte Nutzfahrzeuge
	Tonnen					Mill. km				
1995	86,8	10,9	31,3	33,3	3,0	70,0	14,8	47,8	3,3	2,0
2000	72,2	12,4	22,9	27,6	2,8	71,9	16,6	47,7	3,2	2,2
2005	72,5	21,8	16,8	24,3	2,6	74,5	24,5	42,4	3,3	2,1
2010	55,6	23,8	10,8	12,6	4,7	69,5	25,4	36,3	2,7	3,5
2015	55,9	28,6	7,6	10,1	6,4	78,2	31,9	36,1	3,5	5,0
2018	45,3	23,6	6,5	7,1	5,9	80,2	30,8	38,3	3,5	5,7
2019	40,9	20,7	6,2	6,4	5,5	80,0	29,0	39,8	3,5	5,9
2020	32,4	15,3	4,8	5,6	5,0	67,6	22,8	33,9	3,2	6,2

Stickoxid (NO_x)-Emissionen des Straßenverkehrs in der Gemeinde



Verkehr

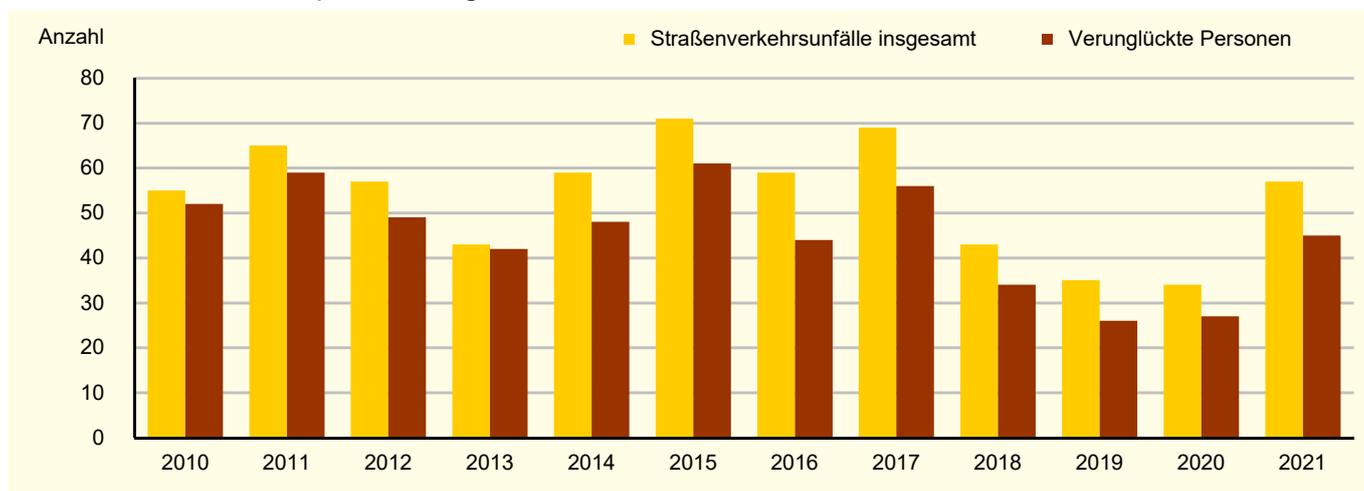
Der Kraftfahrzeugbestand in Baden-Württemberg ist in den vergangenen Jahren stetig gestiegen. Im Jahr 2021 gab es fast 8,4 Mill. Kraftfahrzeuge (Kfz) im Land, das entspricht einer Zunahme zum Vorjahr von 1,5 %. Innerhalb der Kfz stellen die Personenkraftwagen (Pkw) mit einem Bestand von 6,8 Mill. die mit Abstand bedeutendste Gruppe dar (81,4 %), die Krafträder machten 8,7 % des Kfz-Bestandes aus. Der anhaltende Trend eines steigenden Motorisierungsgrads setzte sich auch im vergangenen Jahr weiter fort: im Jahr 2021 lag er auf Landesebene bei 613 Pkw je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner, vor 10 Jahren waren es noch 539 Pkw je 1 000 Personen. Tendenziell fällt der Motorisierungsgrad in ländlich geprägten Gebieten höher und im städtischen Bereich niedriger aus, da hier Ziele auch gut zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen sind. Den höchsten Motorisierungsgrad hatte der Hohenlohekreis mit 750 Pkw je 1 000 Personen, Heidelberg den niedrigsten mit 388 Pkw je 1 000 Personen.

2021 ereigneten sich 273 482 [Straßenverkehrsunfälle](#) im Land, 1,6 % mehr als im Vorjahr, jedoch blieb die Zahl der Unfälle deutlich unterhalb des Niveaus vor der Corona-Pandemie aus dem Jahr 2019. Die Zahl der Verunglückten ging dabei das 2. Jahr infolge deutlich zurück und lag 2021 bei 37 793. Darunter wurden 348 Personen bei Straßenverkehrsunfällen getötet und 6 006 Personen schwer verletzt.

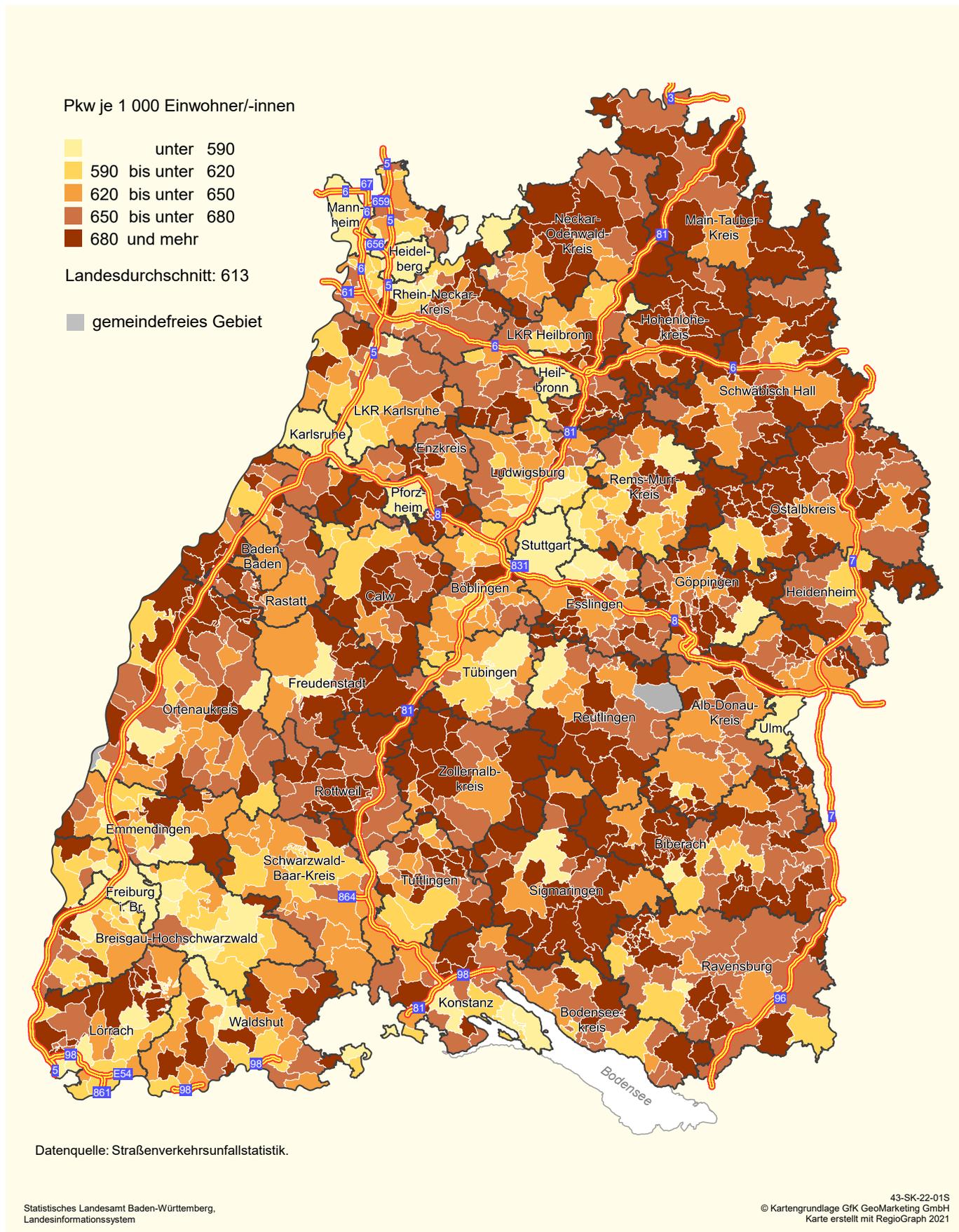
Kraftfahrzeuge und Straßenverkehrsunfälle*) in der Gemeinde

Jahr ¹⁾	Kraftfahrzeugbestand			Pkw je 1 000 Einw. ⁴⁾	Straßenverkehrsunfälle		Verunglückte Personen	Darunter	
	insgesamt ²⁾	darunter			insgesamt	darunter mit Personenschaden		Getötete	Schwerverletzte
		Pkw ³⁾	Krafträder						
Anzahl									
1991	7 309	6 486	314	496	69	45	69	–	18
1995	7 882	6 857	451	509	59	41	58	–	11
1999	8 720	7 471	603	512	57	40	50	1	8
2003	9 599	8 166	746	541	65	42	59	2	5
2007	10 158	8 730	817	559	57	30	43	–	3
2011	9 504	8 090	816	522	65	45	59	1	10
2015	10 205	8 681	904	564	71	45	61	–	11
2019	10 906	9 330	929	583	35	20	26	–	2
2020	10 980	9 374	949	589	34	24	27	–	7
2021	11 058	9 388	979	593	57	40	45	–	7

Straßenverkehrsunfälle*) und verunglückte Personen in der Gemeinde



Pkw-Dichte in den Gemeinden 2021



Datenquellen und Fußnoten

Gemeindedaten im Überblick und im Vergleich

- 1) Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden.
- 2) Die Schülerzahlen werden für den Standort der jeweiligen Schule nachgewiesen.
- 3) Einschließlich Grundschulen im Verbund mit einer Gemeinschaftsschule.
- 4) Stichtag: 30. Juni des Jahres.
- 5) Jahresdurchschnitte.
- 6) Datenquelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit.
- 7) Einschließlich Busse und Krafträder.
- 8) Stand Juli des Jahres.
- 9) Schuldenstand der Kernhaushalte und Eigenbetriebe im nichtöffentlichen Bereich, ohne Schulden der rechtlich selbstständigen kommunalen Einrichtungen und Unternehmen.
- 10) Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden bzw. schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden.
- 11) Steuereinnahmen nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Fläche

Datenquelle: Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung.

- *) Das Jahr 2000 wurde entsprechend der ALKIS-Nomenklatur rückgerechnet und ist damit vergleichbar.

Bevölkerung

Datenquellen: Bis 1987 Volkszählungen (VZ); danach Bevölkerungsfortschreibung jeweils zum 31.12. – 1990 bis 2010 auf Basis VZ 1987, 2011 bis 2021 auf Basis Zensus 2011. Statistiken der Geburten, Sterbefälle und Wanderungen.

Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung Basis 2020 (obere Variante der Vorausberechnung auf Landesebene).

- 1) Ohne bestandsrelevante Korrekturen.

Bevölkerungsvorausberechnung

Datenquellen: Bevölkerungsfortschreibung jeweils zum 31.12. – bis 2010 auf Basis VZ 1987, 2011 bis 2020 auf Basis Zensus 2011, ab 2021 Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung Basis 2020 (obere Variante der Vorausberechnung auf Landesebene).

Ausländische Bevölkerung

Datenquelle: Bevölkerungsfortschreibung jeweils zum 31.12. – 2000 bis 2010 auf Basis VZ 1987, ab 2011 auf Basis Zensus 2011.

- *) Veränderungsrate 2011: einschließlich Zensus-Korrekturen.

Bundestagswahlen

Datenquelle: Wahlstatistik.

- 1) Bei Gemeinden ohne eigene Briefwahl: für die jeweilige Wahl ist hier das Ergebnis ohne Briefwähler/-innen nachgewiesen. Die Wahlbeteiligung ist in diesen Fällen wie folgt

errechnet: Verhältnis der Wähler/-innen ohne Wahlschein zu den Wahlberechtigten ohne Wahlschein.

- 2) Bei Bundestagswahlen: Zweitstimmenanteile.
Die Reihenfolge der Parteien erfolgte entsprechend dem in Baden-Württemberg erreichten Stimmenanteil bei der letzten Landtagswahl.
- 3) Findet in der Gemeinde in einem Wahljahr eine eigene, im anderen Wahljahr jedoch keine eigene Briefwahlauszählung statt, werden keine Angaben zur Veränderung der „Wähler/-innen“, der „Wahlbeteiligung“ und zu den „Stimmenanteilen“ ausgewiesen.

Bildung

Datenquelle: Amtliche Schulstatistik.

- 1) Angegeben wird nicht die Anzahl der organisatorischen Einheiten einer Schulart, sondern die Anzahl der jeweils vorhandenen Schulgliederungen.
- 2) Ohne Berücksichtigung von Schüler/-innen und Klassen in den Jahrgangsstufen 12 und 13 bzw. in den Jahrgangsstufen 1 und 2 (Kursphase) der Gymnasien, Schulen besonderer Art, Abendgymnasien und Kollegs sowie den Schulen für Kranke in längerer Krankenhausbehandlung.
- 3) Einschließlich Grundschulen im Verbund mit einer Gemeinschaftsschule.
- 4) Bis Schuljahr 2014/15 Sonderschulen.
- 5) Einschließlich Schulen besonderer Art (ehemals Gesamtschulen).

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Datenquelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit.

- 1) Stichtag 30.06. des Jahres.
- 2) Wirtschaftsgliederung:
2005 bis 2007: Klassifikation der Wirtschaftszweige 2003 (WZ 2003); ab 2008: Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008).
Durch die Umstellung auf die verschiedenen Wirtschaftssystematiken sind Daten nur innerhalb der Gültigkeit einer Wirtschaftsklassifikation über die Zeit vergleichbar. Auch bei gleichlautenden Bezeichnungen sind die Zuordnungen zwischen den Wirtschaftsklassifikationen zum Teil unterschiedlich.
- 3) und *) Jahresdurchschnitte.

Bauen

Datenquellen: Statistik der Baugenehmigungen, Statistik der Baufertigstellungen.

- 1) Einschließlich Wohnheime.
- *) Nur Wohnungen in Wohngebäuden, ohne Wohnheime.

Wohnen

Datenquelle: Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes.

- 1) 1968: Stichtagserhebung zum 25.10.; ansonsten jeweils am 31.12. des Jahres;
1986: zurückgerechneter Bestand auf Basis der Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) 1987;
2010: zurückgerechneter Bestand auf Basis der Ergebnisse der GWZ 2011.
- 2) Ab 1986 ohne Wohnheime, ab 2010 einschließlich Wohnheime. Bis 2009 einschließlich Wochenend-/Ferienhäuser mit 50 und mehr m² Wohnfläche.
- 3) Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden.
Ab 2010 werden Sonstige Wohneinheiten als Wohnungen gezählt.

Gemeindefinanzen und Gemeindepersonal

Datenquellen: Schuldenstatistik; Kommunale Jahresrechnungsstatistik, Personalstandstatistik.

*) Bis 2000: in Euro umgerechnete DM-Werte.

- 1) Steuerkraftsumme je Einwohner/-in: bis 2005 Bevölkerung am 30.06. des Vorjahres, ab 2006 „Maßgebende Einwohnerzahl“.
- 2) Schuldenstand der Kernhaushalte und Eigenbetriebe (ohne Eigenbetriebskrankenhäuser) jeweils zum 31.12. des Jahres, ohne Schulden der rechtlich selbstständigen kommunalen Einrichtungen und Unternehmen. Bis 2009 Kreditmarktschulden, ab 2010 Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich (Kredite, Wertpapiersschulden, Kassenkredite).
Schuldenstand je Einwohner/-in: Bevölkerung am 30.06. des Berichtsjahres.
- 3) Im Rahmen der Personalstandstatistik wird die Geheimhaltung durch 5er-Rundung der Zahlen berücksichtigt.

Lohn- und Einkommensteuer

Datenquelle: Lohn- und Einkommensteuerstatistik.

- 1) Veranlagte Steuerpflichtige und nicht veranlagte Arbeitnehmer/-innen, soweit für diese Werte in der elektronischen Lohnsteuerbescheinigung enthalten waren.
- 2) Der Gesamtbetrag der Einkünfte je Steuerpflichtigen ist das Maß für die Anwendung des „Einheimischenmodells“ (siehe auch Glossar).
- 3) Der Median (auch Zentralwert genannt) ist der Wert in der Mitte einer der Größe nach geordneten Datenreihe, d. h. mindestens 50 % der Daten sind kleiner oder gleich dem Median und mindestens 50 % der Daten sind größer oder gleich dem Median.

Wasserwirtschaft

Datenquellen: Erhebung der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung; Erhebung der Wasser- und Abwasserentgelte.

- 1) Örtliche und überörtliche (Gruppen- und Fernversorger)

Wasserversorgungsunternehmen.

- 2) Wasserabgabe an Letztverbraucher einschließlich Leitungsverluste und Wasserwerkseigenverbrauch.
- 3) Letztverbraucher im Sinne der Erhebung sind Haushalte, Kleingewerbe, Industriebetriebe und öffentliche Einrichtungen, mit denen das Wasserversorgungsunternehmen das abgegebene Wasser abrechnet. Die Wasserabgabe von Zweckverbänden an ihre Mitglieder ist keine Abgabe an Letztverbraucher.
- 4) Einschließlich Mehrwertsteuer mit dem am 1.1. jeweils gültigen Satz; Haushaltstarif ohne Sondertarife. Die Trinkwassergebühr setzt sich in der Mehrzahl der Gemeinden zusammen aus der nach dem Trinkwasserverbrauch abgerechneten Gebühr und der jährlichen Grundgebühr für die vom Wasserversorgungsunternehmen bereitgehaltene Infrastruktur und die Nutzung des Hauswasserzählers.
- 5) Die gesplittete Abwassergebühr setzt sich in der Mehrzahl der Gemeinden zusammen aus der nach dem Trinkwasserverbrauch abgerechneten Schmutzwassergebühr und der Niederschlagswassergebühr für die an die öffentliche Kanalisation angeschlossene (versiegelte) Grundstücksfläche. Die Einheitsgebühr orientiert sich ausschließlich am Trinkwasserverbrauch. Im Gegensatz zum Trinkwasser erheben nur wenige Gemeinden eine Grundgebühr für das Abwasser.
- 6) Beim Trinkwasser einschließlich Mehrwertsteuer mit dem am 1.1. jeweils gültigen Satz; Haushaltstarif ohne Sondertarife.

Umwelt

Datenquellen: Verkehrszählungsergebnisse der Landesstelle für Straßentechnik Baden-Württemberg; Eigene Berechnungen lt. Handbuch Emissionsfaktoren des Straßenverkehrs (HBEFA) Version 4.1 2019.

- 1) 1995, 2000, 2005, 2010 und 2015 Ergebnisse aufgrund der allgemeinen Verkehrszählung; andere Jahre Fortschreibung anhand der Ergebnisse für automatische Dauerzählstellen.
- 2) Einschl. Busse und Krafträder.

Verkehr

Datenquellen: Kraftfahrt-Bundesamt und Straßenverkehrsunfallstatistik.

- *) Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden bzw. schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden.
- 1) Kfz-Bestand: Stichtag jeweils 1.7.; ab 2001: jeweils 1.1.
 - 2) 1995: ohne Busse; ab 2008 nur noch angemeldete Fahrzeuge ohne vorübergehende Stilllegungen.
 - 3) Mit der Umsetzung der EU-Richtlinie 1999/37/EG werden ab dem 01.10.2005 auch Fahrzeuge mit besonderer Zweckbestimmung (Wohnmobile, Krankenwagen, Bestattungswagen und Beschussgeschützte Fahrzeuge) zu den Personenkraftwagen gezählt.
 - 4) Pkw je 1 000 Einwohner/-innen am 31.12. des Vorjahres.

Glossar (alphabetisch)

Arbeitslose

Arbeitslose sind Personen, die in keinem Beschäftigungsverhältnis stehen oder weniger als 15 Stunden pro Woche arbeiten sowie eine versicherungspflichtige zumutbare Beschäftigung suchen. Dabei ist zudem Voraussetzung, dass sie den Vermittlungsbemühungen zur Verfügung stehen und sich bei einer Agentur für Arbeit oder einem Jobcenter arbeitslos gemeldet haben. Teilnehmer/-innen an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik gelten nicht als arbeitslos.

Ausländische Bevölkerung

Zur ausländischen Bevölkerung zählen alle Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes sind, das heißt nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Dazu zählen auch Staatenlose und Personen mit ungeklärter Staatsangehörigkeit. Deutsche, die zugleich eine fremde Staatsangehörigkeit besitzen, zählen nicht zur ausländischen Bevölkerung.

Die Mitglieder der Stationierungstreitkräfte sowie der diplomatischen und konsularischen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland unterliegen mit ihren Familien nicht den Bestimmungen des Aufenthaltsgesetzes und werden statistisch nicht erfasst.

Bereinigte Ausgaben/Einnahmen

Bereinigte Ausgaben/Einnahmen entsprechen Ausgaben bzw. Einnahmen nach Abzug haushaltstechnischer Verrechnungen. Die bereinigten Ausgaben/Einnahmen sagen aus, welche Ausgaben zur Aufgabenerfüllung erforderlich wären und welche Einnahmen zu deren Deckung bereitstanden. Sie lassen sich exakt nur für die Summe der Gemeinden/Gemeindeverbände bilden.

Bevölkerung

Zur Bevölkerung zählen alle Personen, die in dem betreffenden Gebiet ihren ständigen Wohnsitz haben. Personen, die mehrere Wohnungen innehaben, werden der Bevölkerung der Gemeinde zugerechnet, in der sich die Hauptwohnung befindet. Nicht zur Bevölkerung zählen Angehörige der ausländischen Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen.

Bevölkerungsvorausberechnung

Ausgangspunkt für die neue Bevölkerungsvorausberechnung bis zum Jahr 2040 ist der Bevölkerungsstand in den Kommunen zum 31.12.2020 auf Basis des Zensus 2011. Grundlage ist eine Geburtenrate von 1,56 Kindern je Frau. Den Berechnungen liegt zudem ein leichter Anstieg der Lebenserwartung zugrunde. Hinsichtlich der Wanderungen wurde für den gesam-

ten Vorausberechnungszeitraum auf Landesebene (2021 bis 2060) für die obere Variante ein positiver Wanderungssaldo in Höhe von 1,52 Mill. Personen unterstellt. Diese Werte fließen als Eckwerte in die Berechnung der regionalen Bevölkerungsentwicklung ein. Die Quoten zur Entwicklung von Geburten und Sterbefällen sowie die regionalen Wanderungsverhältnisse basieren auf der Entwicklung der letzten Jahre und stellen somit eine Status-Quo-Rechnung dar. Dabei wurde für die Entwicklung der Geburten, der Sterbefälle und der Wanderungen auf die Jahre 2017 bis 2020 zurückgegriffen. Unternehmensgründungen oder -schließungen, Bauprojekte oder beispielsweise Wachstumsrestriktionen, die sich vor allem in den großen Städten aufgrund mangelnder Flächenverfügbarkeit ergeben können, werden nicht berücksichtigt. Das bedeutet, dass Gemeinden und Kreise ihre vorausgerechneten Ergebnisse immer mit Rückgriff auf ihr lokales Wissen interpretieren sollten. Aufgrund der kurzfristigen Entwicklungen rund um den Krieg in der Ukraine konnten die dadurch entstehenden Wanderungsbewegungen von Schutzsuchenden nicht berücksichtigt werden.

Die aktuelle Bevölkerungsvorausberechnung mit Basis 2020 stellt auf regionaler Ebene eine herausfordernde Besonderheit dar, da insbesondere die langfristigen Auswirkungen der Corona-Pandemie nur schwer prognostiziert werden können. Vor allem das Wanderungsgeschehen variierte durch die geltenden Restriktionen erheblich. Zudem kann aufgrund der gestiegen (wirtschaftlichen) Unsicherheit durch die Pandemie vermutet werden, dass sich dies auf die Geburtenrate niederschlagen wird. Schließlich ist die durch Corona erhöhte Sterblichkeit von Personen in höherem Alter ein Unsicherheitsfaktor bei der Berechnung.

Ausführliche methodische Hinweise finden sich auf der Homepage des Statistischen Landesamtes unter <https://www.statistik-bw.de/BevoelkGebiet/Vorausrechnung/Methode.jsp>.

Einheimischenmodell

Das Einheimischenmodell dient der vorrangigen Deckung des Wohnbedarfs der ortsansässigen Bevölkerung. Gemeinden wollen dabei durch eine Baulandpreisregelung sicherstellen, dass einkommensschwächere und weniger begüterte Personen der örtlichen Bevölkerung gegenüber finanzstarken Zuzügler/-innen einen Vorsprung beim Kauf von Bauland erhalten. Die rechtliche Grundlage findet sich in Deutschland im Baugesetzbuch (vgl. § 11 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 BauGB). Die Handhabung darf aber nicht dazu führen, dass Auswärtige von einer Kaufmöglichkeit völlig ausgeschlossen werden. Im Februar 2017 haben sich die Europäische Kommission, das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und die Bayerische Staatsregierung auf angepasste Kriterien geeinigt: Für das Modell kommen Bewerber/-innen in

Betracht, deren Vermögen und Einkommen bestimmte Obergrenzen nicht überschreitet; bei der anschließenden Punkteverteilung kann dem Kriterium der „Ortsgebundenheit“ bis zu 50 % Gewichtung beigemessen werden.

Jahresfahrleistungen

Die Ermittlung der Fahrleistungen je Fahrzeuggruppe auf Autobahnen und sonstigen Außerortsstraßen sowie auf Ortsdurchfahrten (klassifizierte Innerortsstraßen) erfolgt ausgehend von der Straßendatenbank des Landes sowie den Ergebnissen der Straßenverkehrszählungen 1985, 1990, 1995, 2000, 2005, 2010 und 2015. Die Fortschreibung für die Jahre zwischen den ausführlichen Straßenverkehrszählungen erfolgt anhand der laufenden Berechnungen der Fahrleistungen auf der Basis der automatischen Zählstellen. Die Werte des Jahres 2010 wurden aufgrund der Umstellung der Erhebungsmethodik bei der ausführlichen Straßenverkehrszählung revidiert.

Jahresvergleichsentgelt (Fiktive Jahresrechnung)

Die Verbraucherkosten für Trinkwasser und Abwasser lassen sich nicht unmittelbar aus den Gebühren ableiten. In einer für jede Gemeinde durchgeführten Modellrechnung werden die jeweiligen Gebühren in Jahreswerte überführt, die sich zur fiktiven Jahresrechnung (Jahresvergleichsentgelt) je Einwohner/-in addieren. Bei den zur Multiplikation verwendeten Faktoren, zum Beispiel der jährliche Trinkwasserverbrauch je Einwohner/-in, handelt es sich um Landesdurchschnitte. Methodische Erläuterung: https://www.statistik-bw.de/Umwelt/Wasser/Trink-Abwasserpreise_JahrRech_i.jsp

Pendelnde/Pendelsaldo

Als Pendelnde werden alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bezeichnet, deren betrieblicher Arbeitsplatz nicht mit der Wohnsitzgemeinde übereinstimmt. Nach der Richtung der Pendelwanderung wird zwischen Auspendelnden und Einpendelnden unterschieden. Personen, die von der Wohnsitzgemeinde in eine andere Gemeinde zur Arbeit fahren, gelten als Auspendelnde. Betrachtet man dieselben Pendelnden dagegen von der Zielgemeinde her, in der die Arbeitsstätte liegt, so spricht man von Einpendelnden.

In der Statistik werden die Pendelströme nach dem Überschreiten der regionalen Gebietsgrenzen unterschieden. So wird nach Pendelnden über die Gemeinde-, Kreis- und Landesgrenzen getrennt. Dabei werden die innerhalb dieser Grenzen Pendelnden nicht als solche ausgewiesen.

Der Pendelsaldo ist die Differenz von Einpendler/-innen zu Auspendler/-innen. Einpendelüberschüsse weisen auf ein Überangebot an Arbeitsplätzen bezogen auf die ansässige

Bevölkerung hin. Umgekehrt charakterisieren Auspendelüberschüsse ein Defizit an Arbeitsplätzen.

Schulden

Bis 2009 Schulden am Kreditmarkt: Schulden, die durch Ausgabe von Wertpapieren oder durch Aufnahme von Fremdmitteln bei Kreditinstituten, Versicherungen und Bausparkassen, der Bundesagentur für Arbeit, öffentlichen Zusatzversorgungseinrichtungen und sonstigen Sozialversicherungen sowie bei sonstigen inländischen und ausländischen Stellen entstanden sind. Nicht mit einbezogen sind hierbei Kassenverstärkungskredite, die zur Überbrückung vorübergehender Kassenanspannungen aufgenommen werden.

Ab 2010: alle am Stichtag bestehenden In- und Auslandsschulden (einschließlich Kassenkredite), für die Gebietskörperschaften oder öffentliche Fonds, Einrichtungen und Unternehmen (FEU) Schuldner sind. Die Schulden werden mit dem Nennbetrag ohne Abzug eines etwaigen Disagios nachgewiesen. Die Zuordnung der Schulden erfolgt in der Schuldenstatistik nach dem Gläubigerprinzip. Es wird unterschieden zwischen Schulden beim nichtöffentlichen und öffentlichen Bereich.

Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV)

Die Siedlungs- und Verkehrsfläche setzt sich aus den Flächenkategorien des Liegenschaftskatasters „Siedlung“ abzüglich Bergbaubetrieb, Tagebau, Grube und Steinbruch plus „Verkehr“ zusammen. Sie kann keineswegs mit dem Begriff „versiegelt“ gleichgesetzt werden, da sie einen nicht quantifizierbaren Anteil von nicht bebauten und nicht versiegelten Frei- und Grünflächen enthält.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Zu diesem Personenkreis zählen alle Arbeitnehmer/-innen einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind oder für die von den Arbeitgeber/-innen Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Ausschließlich geringfügig entlohnte Personen, die nur wegen der gesetzlichen Neuregelung zum Stichtag 1. April 1999 in den Kreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB) gelangt sind, sowie Personen, die als Tätigkeit eine kurzzeitige Beschäftigung im Sinne des § 8 SGB IV ausüben, werden dabei nicht nachgewiesen.

Für die örtliche Abgrenzung betrieblicher Einheiten gilt das Gemeindegebiet. Alle in einer Gemeinde liegenden Niederlassungen desselben Unternehmens können als eine örtliche Betriebseinheit angesehen werden, wenn sie denselben wirt-

schaftsfachlichen Schwerpunkt besitzen. Die wirtschaftssystematische Zuordnung der Beschäftigten erfolgt nach dem wirtschaftlichen Schwerpunkt der örtlichen Betriebseinheit, die regionale Zuordnung nach dem Arbeitsort. Ausgewiesen werden nicht Beschäftigungsfälle, sondern beschäftigte Personen. Personen mit mehreren sozialversicherungspflichtigen Tätigkeiten werden nur einmal erfasst.

Steuerkraftmesszahl

Die Steuerkraftmesszahl ist eine Komponente für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen. Für die Gemeinden wird diese gebildet aus dem Aufkommen der Grundsteuer A und B sowie der Gewerbesteuer abzüglich der Gewerbesteuerumlage (jeweils umgerechnet auf einen landeseinheitlichen Hebesatz), weiter aus dem Gemeindeanteil an Einkommen- und Umsatzsteuer und den Zuweisungen im Rahmen des Familienleistungsausgleichs. Für alle genannten Werte sind die Aufkommen des zweitvorangegangenen Jahres maßgebend. Legaldefinition in § 6 Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich (FAG).

Steuerkraftsumme

Die Steuerkraftsumme stellt die Berechnungsgrundlage für die Kreis- und Finanzausgleichsumlage dar. Für die Gemeinden setzt sich diese zusammen aus der Steuerkraftmesszahl zuzüglich der Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft und den Mehrzuweisungen jeweils des zweitvorangegangenen Jahres. Legaldefinition in § 38 Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich (FAG).

Straßenverkehrsunfälle

Als Straßenverkehrsunfälle gelten von der Polizei erfasste Unfälle, bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen und Plätzen Personen getötet, verletzt oder Sachschäden verursacht worden sind. Unfälle mit Personenschaden sind solche, bei denen unabhängig von der Höhe des Sachschadens Personen verletzt oder getötet wurden. Als Beteiligte an einem Unfall werden alle Fahrzeugführer/-innen oder Fußgänger/-innen erfasst, die selbst – oder deren Fahrzeuge – Schäden erlitten oder hervorgerufen haben. Verunglückte Mitfahrer/-innen zählen somit nicht zu den Unfallbeteiligten. Verunglückte werden als Getötete nachgewiesen, wenn sie auf der Stelle getötet oder innerhalb von 30 Tagen nach dem Unfall an den Unfallfolgen gestorben sind und als Schwerverletzte, wenn sie stationär in einem Krankenhaus (mindestens 24 Stunden) behandelt wurden. Andere Verunglückte gelten als leicht verletzt.

Stickoxidemissionen des Straßenverkehrs

Die Berechnung der Emissionen basiert auf den Fahrleistungen, differenziert nach Fahrzeuggruppen und Straßenkategorien. Die entsprechend den Fahrzeuggruppen und Straßenkategorien gegliederten Fahrleistungswerte werden mit spezifischen Emissionsfaktoren je Fahrzeuggruppe verknüpft. Zusätzlich werden die durch Kaltstarts der Pkw und Lkw unter 3,5 t verursachten Emissionen an Hand der Zahl der Kaltstarts und zugehöriger Kaltstart-Emissionsfaktoren berechnet.

Grundlage für die Ableitung dieser Emissionsfaktoren bietet das „Handbuch Emissionsfaktoren des Straßenverkehrs (HBEFA)“ in der Version 4.1 vom April 2019.

Täglicher Flächenverbrauch

Der Flächenverbrauch wird definiert als Saldo von Anfangs- und Endbestand der Siedlungs- und Verkehrsfläche (SuV) einer Periode. Dieser Wert dividiert durch die Periodendauer in Tagen ergibt den täglichen Flächenverbrauch. Der Indikator verdeutlicht Ausmaß und Tempo der Nutzungsänderungen. Dabei ist Flächenverbrauch und Versiegelung (teilweises oder vollständiges Abdichten offener Böden) keinesfalls gleichzusetzen.

Vollzeitäquivalente

Die sogenannten Vollzeitäquivalente (VZA) ergeben sich aus der Summe der Vollzeitbeschäftigten und der Teilzeitbeschäftigten, gewichtet mit ihrem tatsächlichen Arbeitszeitfaktor. Der Arbeitszeitfaktor gibt hierbei den Umfang der vereinbarten Arbeitszeit, bezogen auf die Arbeitszeit einer/eines Vollzeitbeschäftigten an. Bei Lehrkräften gilt die entsprechende Anzahl von Wochenlehrestunden. Die VZÄ stellen somit die Entwicklung der Beschäftigten unter Bereinigung der Veränderungen im Beschäftigungsumfang dar. Ihre Ermittlung mit Hilfe des Arbeitszeitfaktors ist erst seit 1997 möglich. In den Jahren zuvor wurden sie näherungsweise über die Formel $VZÄ = \text{Vollzeit} + 0,75 \text{ T1-Beschäftigte} + 0,4 \text{ T2-Beschäftigte}$ berechnet, was tendenziell zu einer leichten Überschätzung der Anzahl führte.



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

So erreichen Sie uns

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart

Telefon 0711/641-0 Zentrale
Telefax 0711/641-2440
poststelle@stala.bwl.de

www.statistik-bw.de

Gerne beraten wir Sie auch persönlich.
Rufen Sie uns an!

Zentraler Auskunftsdienst

Ihre Anlaufstelle für alle aktuellen und historischen Statistiken für Baden-Württemberg, seine Regionen, Landkreise und Gemeinden
Telefon 0711/641-28 33, Telefax - 29 73
auskunftsdienst@stala.bwl.de

Bibliothek

Allgemein zugängliche Präsenzbibliothek für aktuelle und historische baden-württembergische und deutsche Statistik sowie für baden-württembergische Landeskunde
Telefon 0711/641-21 33, Telefax - 29 73
bibliothek@stala.bwl.de

Pressestelle

Etwa 400 Pressemitteilungen jährlich zu allen aktuellen Themen
Telefon 0711/641-24 51, Telefax - 29 40
pressestelle@stala.bwl.de

Vertrieb

Bestellungen von Veröffentlichungen
Telefon 0711/641-28 66, Telefax - 13 40 62
vertrieb@stala.bwl.de

Kontaktzeiten

Montag bis Donnerstag 9.00 – 15.30 Uhr,
Freitag 9.00 – 12.00 Uhr



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Böblinger Straße 68 • 70199 Stuttgart • Telefon 0711/641-0 Zentrale • Telefax 0711/641-24 40
poststelle@stala.bwl.de • www.statistik-bw.de